



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinde- und des Stadtrats, die Gäste im Saal, die uniformierte Kantonspolizistin und den uniformierten Kantonspolizisten zur fünften Stadtratssitzung im Jahre 2015.

In den vergangenen zwei Monaten seien in Langenthal verschiedene grosse Anlässe durchgeführt worden: Marschmusikparade; Hoffest; Concours. Diese Anlässe hätten bei strahlendem Sommerwetter stattgefunden. Das Wuhrplatzfest, das Haslibrunnen-Fest und die 1. August-Feier seien dagegen leider etwas verregnet worden. An allen Anlässen habe sich die Stadt in irgend einer Form mehr oder weniger stark beteiligt. Alle Anlässe seien ein voller Erfolg gewesen.

Auch zwei Langenthaler Persönlichkeiten hätten in den letzten Wochen von sich zu reden gemacht:

- Roger Brügger, 43 Jahre alt, Maschinenbauingenieur sei diesen Sommer mit dem 5. Rang von den Weltmeisterschaften der Biersommeliers aus São Paulo zurückgekehrt. Roger Brügger sei im Februar an den ersten Schweizermeisterschaften in dieser Sparte als Sieger hervorgegangen. In Langenthal habe das Bierbrauen und Biertrinken schon immer einen hohen kulturellen Stellenwert gehabt. Dementsprechend schön sei es, solche Botschafter in die Welt hinausschicken zu können.
- Auch der Langenthaler Stadtrat Michael Witschi habe durch eine ausserordentliche Leistung von sich zu reden gemacht. Michael Witschi zeichne sich nicht nur damit aus, ein guter Unternehmer mit einer bescheidenen Persönlichkeit zu sein, sondern er betreibe als Amateur auch echten Spitzensport. Stadtrat Michael Witschi habe per Gleitschirm und zu Fuss die Strecke von Salzburg nach Monaco zurückgelegt. Beinahe 2'200 Kilometer sei er entweder geflogen oder zu Fuss unterwegs gewesen. 150'000 Höhenmeter habe er dabei gesamthaft überwinden müssen. Michael Witschi habe gewiss oft auf die Zähne beißen müssen, wenn ihm das Eine oder Andere weh getan habe, oder wenn er sich morgens um 04.30 Uhr nach nur vier Stunden Schlaf wieder auf den Weg gemacht habe. 11 der 32 Gestarteten seien nicht ans Ziel gekommen. Michael Witschi dagegen schon.

Beiden Herren gratuliere sie an dieser Stelle herzlich mit den besten Wünschen für die Zukunft.

Die heutige Ratsdebatte werde von Radio32 (Herrn Manuel Jordi) aufgezeichnet. Eventuell werden Ausschnitte davon gesendet. Laut rechtlichen Grundlagen sei die Aufzeichnung statthaft. Das Ratsbüro habe dem Vorgehen zugestimmt. Von Radio32 liege eine schriftliche Erklärung vor, dass die Aufnahmen ausschliesslich zu journalistischen Zwecken verwendet werden und dass diese eventuell in Sendungen einfließen werden.



Stadtrat Langenthal
Ratsbüro
4000 Langenthal

Solothurn, 17. August 2015

Erklärung zur Verwendung der Audioaufnahmen im Langenthaler Stadtparlament

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Audioaufnahmen, welche Radio 32 an den Stadtratssitzungen in Langenthal erstellt, werden ausschliesslich zu journalistischen Zwecken von Radio 32 verwendet. Dafür werden sie ins IT-System von Radio 32 übertragen und archiviert. Die Aufzeichnungen sollen die Berichterstattung bereichern. In erster Linie fliessen Ausschnitte davon als O-Töne in die Radiobeiträge ein.

Freundliche Grüsse
Radio 32 AG


Manuel Jordi
Stv. Chefredaktor



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

Das Protokoll der Sitzung vom 22. Mai 2015 liege vor und könne online eingesehen werden. Unter Verdankung für dessen Verfassung erteile sie der Protokollführerin das Wort zum **Appell**:

- **37** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.¹
 - **2** Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- **6** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend. Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst ist entschuldigt abwesend.

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP) stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Das absolute Mehr an Stimmen zum Zeitpunkt des Appells betrage 19.

Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenaufgabe seien vorschriftsgemäss erfolgt und Bemerkungen zur Traktandenliste weder angemeldet noch vorliegend.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind 37 Stadratsmitglieder anwesend. Ab 19.20 Uhr (Abstimmung Traktandum Nr. 2) sind 38 Stadratsmitglieder anwesend.



1. Gemeinderechnung 2016; Vergabe des Auftrages für die Prüfung der Rechnungsablage der Stadt für das Rechnungsjahr 2016 an eine verwaltungsunabhängige, externe Revisionsstelle

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP): Die Berichterstattung zum vorliegenden Geschäft der Geschäftsprüfungskommission erfolge durch die Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, Stadträtin Ruth Trachsel.

GPK-Präsidentin Ruth Trachsel (EVP): Gemäss Art. 10 und Art. 62 Ziff. 3 der Stadtverfassung vergabe der Stadtrat auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission jährlich den Auftrag zur Prüfung der Rechnungsablage der Stadt an eine verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle. Das Revisionsmandat könne im freihändigen Verfahren vergeben, weil die Kosten deutlich unter dem Schwellenwert von Fr. 150'000.00 (jährlich) liegen.

Bereits in den letzten zwei Jahren seien die Rechnungen der Stadt Langenthal von der Ernst & Young AG Bern revidiert worden. Die Ernst & Young AG habe die Revisionsaufträge vollständig erfüllt. Die Zusammenarbeit werde von allen Beteiligten als angenehm und zielführend beschrieben.

Anfang 2016 werde die Rechnungsführung der bernischen Gemeinden auf das Rechnungslegungsmodell HRM2 umgestellt. Wegen der Umstellung werde mit einem vermehrten Aufwand seitens der Verwaltung als auch der Revisionsstelle gerechnet. Demgemäss sei es sinnvoll, die bestehende Kontinuität in der Zusammenarbeit mit der externen Revisionsstelle zu erhalten.

Die Geschäftsprüfungskommission habe an ihrer Sitzung vom 10. August 2015 festgestellt, dass auf dem Selbstdeklarationsformular (unter Punkt 1) eine veraltete Mehrwertsteuer-Nummer angegeben sei. Zudem würden in der (unter Punkt 3) erwähnten "beiliegenden Bestätigung" die konkreten Haftungslimiten der AXA-Winterthur fehlen. Die beiden eingeforderten Nachweise seien von der Ernst & Young AG umgehend nachgeliefert worden.

Die Geschäftsprüfungskommission empfehle die Zusammenarbeit mit der Ernst & Young AG Bern weiterzuführen und beantrage, diese als externe Revisionsgesellschaft für die Prüfung der Jahresrechnung 2016 der Stadt Langenthal zu wählen bzw. dem vorliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Die Ernst & Young AG Bern erhält den Zuschlag für das Mandat als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle für die Prüfung der Rechnung der Stadt Langenthal - zum offerierten pauschalen Preis von Fr. 31'000.00.00 (inkl. 8,0% MWSt, Auslagen und Spesen).**
- 2. Die Geschäftsprüfungskommission wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



2. **Aufhebung Stipendienkommission; Aufhebung Stipendienreglement sowie Teilrevision Reglement über die Organisation der Stadtverwaltung; Genehmigung**

I **Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II **Detailberatung:**

Gemeinderat Reto Müller (SP): Sparen tue weh. Manchmal mehr, manchmal weniger. Nicht jede Sparmassnahme vermöge die Menschen gleichermaßen zu schmerzen, da ihre Betroffenheit davon grösser oder kleiner sein könne.

Das Verkünden von Massnahmen aus der Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotenzialanalyse (AEA) und gar die Einholung eines entsprechenden Beschlusses des Stadtrates dazu, sei vermutlich weder populär, noch in allen Fraktionen unbestritten. Die AEA-Massnahme ABiKuS 5 betreffe die Aufhebung der Stipendienkommission und damit die Aufhebung des Stipendienreglements sowie eine Teilrevision des Reglements über die Organisation der Stadtverwaltung (Ende des städtischen Stipendienwesens).

Die Stadt Langenthal richte seit 1962 Stipendien und zinslose Darlehen aus. Der Gemeinderat beantrage die Streichung der Leistungen aufgrund der AEA-Analyse. In einer ersten Runde sei vom Gemeinderat geprüft worden, welche Aufgaben - deren Kosten sich jährlich auf mehr als Fr. 3'000.00 belaufen - zwingend notwendig auszuführen seien und welche Aufgaben freiwillig ausgeführt werden. Im Anschluss daran habe der Gemeinderat den Verzicht geprüft. Der Sparentscheid (Streichung des städtischen Stipendienwesens) sei einstimmig ausgefallen, weil das Stipendienwesen eine kantonale Aufgabe sei. Die Ausrichtung von Stipendien und Darlehen als Ausbildungsbeiträge durch die Gemeinde sei somit eine vollständig freiwillig übernommene Aufgabe. Die Nachfrage sei von 27 Gesuchen im Jahr 2002 auf 7 Gesuche im Jahr 2014 gesunken. Den 7 Stipendiaten seien im Jahr 2014 Beiträge von insgesamt Fr. 12'915.00 ausgerichtet worden (pro Stipendiat zwischen Fr. 1'000.00 – Fr. 3'500.00).

Die Summe der gesprochenen Darlehen und Stipendien sei ebenfalls in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken (Anfang 2000 zwischen Fr. 30'000.00 und Fr. 47'000.00 gegenüber dem Jahr 2014 mit Fr. 12'915.00). Der Gemeinderat nehme an, dass die gewährten Stipendien und Darlehen bei der Gesuchreichung an kantonale oder an weitere Stipendienstellen oder bei einer Ausfinanzierung durch die Sozialhilfe durch die oder den jeweiligen Empfangenden als Einkommen deklariert werden müssen, wodurch der jeweilige Beitrag um die subsidiär durch die Stadt Langenthal gewährte Summe gesenkt werde. Der Gemeinderat gehe demgemäss davon aus, dass - auch wenn die Stadt das Stipendienwesen aufgabe – eine betroffene Person von einer anderen (der kantonalen Stelle) oder durch eine andere Institution oder durch einen Fonds auf das entsprechende Minimum ausfinanziert werde. Ausserdem könne festgehalten werden, dass in Langenthal noch sechs weitere, kommunale Institutionen und Fonds bestehen, von denen Stipendien- oder Ausbildungsbeiträge vergeben werden. Insgesamt stelle sich die Frage, ob solche kommunalen Unterstützungsbeiträge oder -beiträge überhaupt noch zeitgemäss seien. Wahrscheinlich liesse sich diese Frage in die Diskussion um die Harmonisierung von Stipendien und Sozialhilfe einbinden, die aber auf kantonalen Ebene geführt werden müsse.

Der Gemeinderat habe das bisherige Stipendienwesen auch als zu wenig bekannt beurteilt, obschon jährlich eine öffentliche Ausschreibung stattfinde. Weil es aber nur ein paar Wenigen bekannt sei, dass es überhaupt ein Stipendienwesen gebe, könne dies zu Ungerechtigkeiten und zu ungerechten Situationen führen, was mit der heute beantragten Aufhebung bereinigt werden könnte.

Wenn der Stadtrat der gleichen Meinung sei, würden sich jährliche Budgeteinsparungen von Fr. 25'000.00 bis Fr. 30'000.00 ergeben. Durch die erfolgswirksame Aufhebung der Spezialfinanzierung liesse sich im Jahr 2016 ausserdem ein aussergewöhnlicher (einmaliger) Buchgewinn von rund Fr. 280'000.00 bis Fr. 300'000.00 (abhängig vom Stand der Spezialfinanzierung am 1. Januar 2016) erzielen.



Mit der weiteren Bewirtschaftung bereits gewährter Darlehen oder noch zu gewährenden Darlehen würde das Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) künftig bis zum theoretisch letztmöglichen Datum einer Ausbildungs- oder Erstreckungsfrist gemäss heute geltendem Reglement, bis zur Rückzahlung im Jahre 2034 beauftragt. Zum jetzigen Zeitpunkt seien noch insgesamt Fr. 9'950.00 von vier Darlehensbeträgen ausstehend, die noch zurückgefordert werden.

Wenn der Stadtrat die Aufhebung heute beschliesse, werde das Stipendienwesen zahlenmässig in der Lösung des Budgets 2016 anlässlich der September-Stadtratssitzung und auch in der Volksabstimmung über das Budget 2016 (Dezember 2015) noch zu finden sein, weil eine entsprechende Anpassung in den Unterlagen zeitlich nicht mehr möglich sei. Der Gemeinderat würde die entsprechenden Beschlüsse in eigener Kompetenz rechnungswirksam anfangs Jahr 2016 umsetzen.

GPK-Mitglied Beatrice Lüthi (FDP): Nicht desto Trotz, dass es sich beim vorliegenden Traktandum nicht um das am längsten diskutierte Thema handle, habe die Geschäftsprüfungskommission ein paar Bemerkungen dazu anzubringen:

- Die Geschäftsprüfungskommission habe zur Kenntnis genommen, dass die Aufhebung des Stipendienfonds ein Bestandteil der Aufgabenüberprüfungs- und Ertragspotenzialanalyse sei, die zeige, dass das Stipendienwesen aufgehoben werden könne, weil es sich dabei um eine vollkommen freiwillige Aufgabe der Stadt handle, für die aber der Kanton zuständig sei.
- Die Geschäftsprüfungskommission habe auch zur Kenntnis genommen worden, dass die Beibehaltung der entsprechenden Zahlen im Budget 2016 korrekt sei und, dass der Gemeinderat die Blockierung der Werte anfangs 2016 vornehme.
- Die Geschäftsprüfungskommission habe sich auch mit der Frage befasst, wie es sich mit den anderen Kässelis (wie die Volksschulfonds) verhalte bzw. ob diese nicht auch zu überprüfen wären oder überprüft werden sollten? Darauf sei geantwortet worden, dass es sich dabei um zweckgebundene private Mittel von unselbstständigen Stiftungen und nicht um öffentliche Mittel handle, was heisse, dass deren Aufhebung mit dem Kanton zu regeln wäre, womit es sich um ein anderes rechtliches Schicksal dieser Gelder handle.
- Die Geschäftsprüfungskommission habe sich auf gefragt, weshalb die Stipendienkommission nicht über das geplante Vorgehen informiert worden sei und dabei erfahren, dass die Stipendienkommission nicht zuständig sei, um über sich selber zu diskutieren oder Beschluss fassen zu können. Die Geschäftsprüfungskommission habe jedoch auch mitbekommen, dass die Stipendienkommission informiert worden sei, ohne sich explizit dazu geäussert zu haben.

Die Geschäftsprüfungskommission habe die formelle Richtigkeit der Vorlage einstimmig festgestellt.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 28 Stimmen Ja gegen 10 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

1. **Die Teilrevision des Reglements über die Organisation der Stadtverwaltung vom 20. November 2000 gemäss Änderungserlass vom 17. August 2015 wird genehmigt.**
2. **Die Aufhebung des Reglements über die Ausrichtung von Stipendien und Darlehen (Stipendienreglement) vom 3. Juni 2002 wird genehmigt.**
3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

Protokollauszug an

- Gemeinderat



3. Alte Mühle: Machbarkeitsstudie, Genehmigung; Projektkredit, Bewilligung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP) legt den Ablauf der Beratung fest:

- Detailberatung:
- A Berichterstattung
 - Stadtpräsident Thomas Rufener, Ressortvorsteher Präsidiales
 - Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission
 - Stellungnahme der Finanzkommission
 - B Allgemeine Beratung
 - C Beratung und Beschlussfassung über Rückweisungsanträge
 - D Ende der Detailberatung und gegebenenfalls Schlussabstimmung

Medienberichten zufolge werde es verschiedene Anträge zur Vorlage geben. Diese seien im Beratungsteil B einzureichen. Die Sprecherinnen und Sprecher seien zudem gebeten, sich kurz, klar und konkret zu äussern.

A Berichterstattung

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Die Vorlage bestehe einerseits darin, die Bewilligung zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie über das Mühleareal einzuholen (beinhaltend das Mühleareal - konkret die Alte Mühle sowie das angebaute Mühlesilo). Andererseits liefere die Vorlage auch einen Projektentwicklungsvorschlag mit entsprechender Projektorganisation, wozu beim Stadtrat ein Investitionskredit in der Höhe von Fr. 180'000.00 beantragt werde, die gemäss HRM2 nach 5 Jahren abgeschlossen werden.

Bereits in den 1980-er Jahren habe sich das Dorf Langenthal sehr stark mit der Frage auseinandergesetzt, worum es beim Mühleareal gehe. Die Mühleliegenschaften mit den angrenzenden, freien Flächen seien an einen Bauunternehmer verkauft worden. Die Stadt Langenthal habe in den 80-er Jahren gewisse Elemente wieder zurückgekauft. Das damals sehr auffällige Gebäude der Alten Mühle stelle ein Element dar. Auch das Silo, die Stallungen, das Bauernhaus (damals noch mit Pächter) und das Hodlerstöckli seien Elemente, die zurückgekauft worden seien.

In der Folge sei eine Stiftung mit dem Zweck gegründet worden, sich mit der Sanierung der alten Gebäulichkeiten (Alte Mühle und Zwischenbau) zu befassen. Die erste dafür notwendige Vorlage sei vor dem Volk gescheitert. Der damals gestellte Kreditantrag und die damalige Nutzungsidee seien zu wenig überzeugend gewesen. In der zweiten Volksvorlage im Jahre 1992 seien schlussendlich rund Fr. 7 Mio. bewilligt worden. Die damalige Botschaft an die Stimmberechtigten beinhalte auch den Hinweis auf die Gratisnutzung gewisser Teile der Gebäulichkeiten.

Die Design-Center AG habe im Jahre 1995 zusammen mit der Back and Brau AG – gemäss der damaligen Nutzungsidee - den Betrieb aufgenommen. Seminare und Ausstellungen seien organisiert worden. Der Designer Saturday sei ins Leben gerufen worden. Der Design Preis Schweiz, dessen Durchführung in einer ersten Phase abwechslungsweise an Solothurn oder an Langenthal vergeben worden sei, sei lanciert worden, obschon auch Diskussionen darüber geführt worden seien, dass der Design Preis Schweiz in Zürich oder Bern vergeben werden sollte. Seit dem Jahr 2009 setze sich die Stadt Langenthal mit entsprechenden Mitteln (Fr. 90'000.00 alle zwei Jahre) für die Durchführung und die Vergabe des Design Preis Schweiz in Langenthal ein.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

Leider hat sich die Idee (Design Center mit Seminar- und Ausstellungsräumen) nicht durchgesetzt. Der Stiftungsrat habe sich deshalb mit der Suche nach Lösungen auseinandersetzen müssen. Die Nutzung entsprechend des zwischen drei Partnern (Stadt; Stiftung; Gastronom/Beat Wälchli) geschlossenen Vertrags habe etwas mehr als sieben Jahre lang funktioniert.

Nach der Gartenoper im Juni des Jahres 2012 habe Beat Wälchli entschieden, sein Engagement in der Alten Mühle Langenthal nicht mehr weiterführen zu wollen, worauf der Stiftungsrat erneut nach Alternativlösungen gesucht habe. Im September des Jahres 2012 habe die Stampfli Gastro GmbH den Betrieb – analog dem bereits mit Beat Wälchli vereinbarten Vertragskonstrukt – aufgenommen. Das Engagement der Gastro GmbH sei leider nicht von langer Dauer gewesen. Im Februar 2014 habe die Firma die Bilanz deponieren und den Konkurs anmelden müssen.

Während des Jahres 2014 seien Anstrengungen unternommen worden, wieder einen Gastronomie-Partner zu suchen. Obschon die Kommentare zuweilen sehr erfolgsversprechend ausgefallen seien, sei es im Herbst 2014 leider zu keiner Vertragsunterzeichnung gekommen, weshalb der Stiftungsrat mit dem Gemeinderat in Kontakt getreten sei, um diesen um Unterstützung zu bitten. Der Gemeinderat habe Hilfe angeboten.

Im Parlament sei eine Motion von 15 Parlamentarierinnen und Parlamentariern mit der Forderung eingereicht worden, die Alte Mühle sofort provisorisch wieder zu öffnen. Die Motion sei anlässlich der Stadtratssitzung im Dezember 2014 einstimmig gutgeheissen worden. Die Stadt habe in Zusammenarbeit mit dem Stiftungsrat dafür gesorgt, dass ab Februar 2015 das Angebot an Gratisnutzung wieder bestehe. Der Gemeinderat verfolge damit einerseits die Strategie, sich vorerst auf eine kurzfristige Lösung zu konzentrieren (lancieren Gratisnutzung). Andererseits werde damit ein Prozess aufgegleist, um eine mittel- oder langfristige Nutzungsidee entwickeln zu können. Relativ rasch sei eine Begleitgruppe (mit je zwei Vertretenden der Fraktionen, Vertretenden des Gemeinderats) zusammengestellt worden, die sich mit dem Thema bereits anlässlich einer ersten Sitzung im Dezember 2014 auseinandergesetzt habe.

Im Jahr 2015 seien vom Gemeinderat verschiedene Entscheide gefällt worden. Auch habe die Begleitgruppe eine zweite Sitzung abgehalten, worin eine breite Aufforderung ergangen sei, Ideen einzubringen. Von der Aufforderung sei Gebrauch gemacht worden. Der Gemeinderat habe daraufhin versucht, die eingebrachten Ideen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, woraus die Syntheseidee entstanden sei. Parallel zu diesen Geschehnissen sei das Parlament dreimal über den Zwischenstand informiert worden. Die erste Information habe an der Stadtratssitzung am 17. November 2014 stattgefunden. Eine weitere Information sei an der Stadtratssitzung am 16. März 2015 erfolgt. Unter Mitteilungen des Gemeinderates sei auch an der Stadtratssitzung vom 4. Mai 2015 informiert worden.

Die Idee der Synthese stehe unter der Prämisse, eine Lösung für die Mühle finden zu müssen. Die Lösung soll Leben in die Mühle bringen, was beispielsweise heisse auf Archive zu verzichten, wobei der Gemeinderat aber zur Kenntnis genommen habe, dass die ursprüngliche Vertragslösung mit einem Gastronom vermutlich keinen Bestand habe. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass ein recht pragmatischer Weg beschritten werden müsse, weil die Alte Mühle im Moment quasi noch fliege, wenngleich ihr das Benzin aber langsam ausgehe. Der heutige Zustand lasse sich auf lange Zeit nicht halten. Immer im Rahmen von Abklärungen und entsprechenden Beschlüsse gelte es rasch zu handeln.

Der Gemeinderat habe die Lösungssuche nicht nur auf die Mühle fokussiert, indem er ins Feld geführt und gefordert habe, mit Massnahmenvorschlägen andere Entlastungen realisieren zu können (beispielsweise: bestehende Gebäulichkeiten frei spielen [Kreuzfeld; Museum altes Amtshaus]). Das genaue Vorgehen gelte es selbstverständlich auf politischer Ebene zu diskutieren und zu klären. Der Gemeinderat habe die Idee weiterverfolgt, die Regionalbibliothek – allenfalls ergänzt mit einem Bistro – die Musikschule, das Museum Langenthal (Stiftung), allenfalls Elemente von ToKJO und die Möglichkeit von öffentlichen Nutzungen entsprechend den Möglichkeiten der Gebäude unterzubringen.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

Bevor der Gemeinderat das Geschäft dem Stadtrat am heutigen Tag vorlege, habe dieser in einer ersten technischen Phase die vorhandene Fläche im Mühlesilo evaluiert und die Syntheseidee einer Überprüfung unterzogen. Bei der Gegenüberstellung der Flächensituation sei festgestellt worden, dass die Syntheseidee technisch Platz finde, was heisse, dass der Bedarf an Fläche kleiner sei, als die vorhandene Fläche der Gebäulichkeiten, obschon die innere Organisation, Erschliessungsflächen etc. selbstverständlich noch nicht in die Berechnung miteinbezogen worden seien.

Die Begleitgruppe habe eingeworfen, dass eine Variante "ohne Mühlesilo" in die Machbarkeitsabklärung integriert werden soll. Dazu halte er namens des Gemeinderates fest:

- Dieses Vorgehen stimme nicht mehr mit der Phase I überein, da damit mit einer anderen Syntheseidee operiert würde, weil dadurch nicht mehr alle in der Syntheseidee genannten Partner angesprochen wären. Der Gemeinderat lege Wert darauf und habe Wert darauf gelegt, alle potenziellen Partner frühzeitig zu orientieren und mit ihnen das Gespräch zu suchen und zu führen, um deren grundsätzliche Bereitschaft abzuholen. Den Partnern im Nachhinein zu kommunizieren, sie zum Spielball machen zu wollen, sei schwierig, zumal man selber innerhalb der festgelegten Syntheseidee bleiben möchte.
- Innerhalb der Begleitgruppe bestehe keine klare Meinung für oder gegen die Variante "mit Silo" oder "ohne Silo". Die verschiedenen Varianten seien von einzelnen Personen angesprochen worden. Es habe Voten für die Variante "ohne Silo" als auch Voten dagegen gegeben. Eine Abstimmung darüber habe nicht stattgefunden, weil eine solche damals nicht traktandiert gewesen sei.
- In den Regierungsrichtlinien des Gemeinderates stehe unter der Dimension "*Wirtschaft*", unter dem Stichwort "*7. Innovation*" das Ziel: "*Erarbeitung einer zukunftsbezogenen Nutzung des Mühlesilos.*" Der Gemeinderat sei diesbezüglich schon verschiedentlich aktiv geworden, indem er beispielsweise einem privaten Planungsbüro ein Planungsrecht für eine bestimmte Zeit gewährt habe, um abzuklären, was machbar wäre.

Während der laufenden Diskussion sei dieser Prozess sistiert, weil es zurzeit nicht opportun sei, bei der Klärung der mittlerweile entstandenen Fragen quasi zweigleisig zu fahren. Der Tatbeweis, dass der Gemeinderat bereits Schritte in diese Richtung gemacht habe, liege vor.

Namens des Gemeinderates rufe er dazu auf, die einschlägige Literatur zu lesen, worin auch die Sicht der Denkmalpflege angesprochen sei. Darin lasse sich nachlesen, dass es sich beim Silo um etwas "Erhaltenswertes" und um ein per Regierungsratsbeschluss definiertes "K-Objekt" handle, welches seit dem Jahre 1995 unter Bundesschutz stehe und als so genanntes "A-Objekt" geführt werde (gemäss ISOS-Unterlagen). Anhand dieser Fakten lasse sich unschwer erkennen, dass es kaum möglich sei die Zukunft des Mühlesilos in Frage zu stellen. In den ISOS-Unterlagen stehe beispielsweise ganz klar, dass ein "Abbruchverbot" bestehe und dass in dieser Gebäudegruppe keine "Neubauten zugelassen" seien. Aus diesen Gründen sehe sich der Gemeinderat veranlasst, eine proaktive Lösung anzugehen.

Der Gemeinderat habe auch den Vorschlag gemacht, eine externe Begleitung beizuziehen, weil er es als klug erachte, den Prozess von Anfang objektiv und mit einem externen Berater anzugehen, da es sich um ein Thema handle, das wahrscheinlich alle Anwesenden in irgend einer Art und Weise betreffe.

Der Gemeinderat habe nie ins Feld geführt, dass die Machbarkeitsstudie nur aus Investitionen der Stadt bestehen werde. In Langenthal gebe es Schulhäuser, die privat erstellt worden seien, die der Öffentlichkeit aber zur Verfügung stehen. Wenn der Prozess – selbstverständlich immer unter der Voraussetzung dies zu wollen – ausgeweitet werde, dann werde dies zu gewissen Kreativitäten führen, die es zu beachten gelte.

Der Gemeinderat sei von Anfang an der Meinung gewesen, den Stiftungsrat bei der Suche nach Lösungen unterstützen zu wollen. Der heute zur Diskussion stehende Lösungsvorschlag "Syntheseidee" basiere auf in die Begleitgruppe eingebrachten Eingaben. Nicht ausschliesslich aber praktisch alle Elemente seien in der Begleitgruppe erwähnt oder vorgeschlagen worden.



Der Gemeinderat habe sich zudem bemüht, nicht einfach nur etwas aufzubauen, sondern auf der anderen Seite auch gewisse Kompensationselemente einzubauen wie beispielsweise mit der Schaffung von Freiraum in Schulhäusern. Die Organisation der Tagesschule oder die sukzessiv nähere Anbindung der Kindergärten an die Schulzentren wirken sich indirekt auf die Schulraumfrage aus. Längerfristig werde beispielsweise im Kreuzfeld zusätzlicher Schulraum nötig werden.

Die konkrete Idee des Gemeinderates sei dem Stadtrat am 16. März 2015 (vor 5 Monaten) präsentiert worden. Seither sei ihm persönlich weder telefonisch noch auf eine andere Weise von Parlamentariern mitgeteilt worden, gegen die Syntheseidee zu sein. Demgemäss verwunderlich seien die Pressemeldungen der letzten Woche, wonach die Syntheseidee zu einengend wirke, weil sie zu konkret gefasst sein soll.

Der Gemeinderat erachte den Einbezug der externen Begleitgruppe als wichtig. Damit werde dem Anspruch und dem Wunsch nach einer gewissen Versachlichung und der Kosteneinsparung innerhalb des Prozesses Rechnung getragen. Wenn der Gemeinderat nun aber herausfinden soll, ob das Mühlesilo abgerissen werden könne oder nicht, was den Einzug von Bewilligungen erfordere, dann müsste der Gemeinderat so rasch wie möglich ein zu publizierendes Abbruchgesuch stellen. Da das Abrissvorhaben vermutlich nicht ohne Einsprachen über die Bühne gebracht werden könnte, würde ein zeitaufwändiges Verfahren seinen Anfang nehmen. Allenfalls liesse sich eine Einigung erzielen, was aber vom Gemeinderat als wenig wahrscheinlich beurteilt werde. Zumindest müsste damit gerechnet werden, dass das vom Regierungsstatthalteramt durchgeführte Verfahren weitergezogen würde.

Eine Machbarkeitsstudie soll eine Entscheidungsgrundlage für oder gegen ein Vorhaben liefern. Demgemäss müsse eine Machbarkeitsstudie nicht erstellt werden, wenn bereits heute feststehe, wie es sein werde. Eine Machbarkeitsstudie zeige vielleicht No Gos und Schwierigkeiten auf, die in gewissen Bereichen einer Umorganisation bedürfen, weil die Idee nicht zu verwirklichen sei. Der Gemeinderat schlage die Erstellung einer Machbarkeitsstudie vor, anstatt eine weitere Gesamtabklärung vorzunehmen. Abklärungen über Baufelder seien vom Stadtbauamt schon früher vorgenommen worden.

Dass die Vorlage dem Parlament heute zur Beschlussfassung vorliege, sei darauf zurückzuführen, dass anlässlich der letzten Stadtverfassungsrevision gesagt worden sei, wichtige Geschäfte dem Parlament früh genug vorlegen zu wollen. Obwohl die revidierte Stadtverfassung noch nicht gültig sei, müsse der Gemeinderat eine Lösung finden, wie sich dieser Punkt überhaupt diskutieren lasse, zumal es "kein" Rückdelegationsrecht gebe. Der Gemeinderat habe das vorliegende Geschäft deshalb so aufgebaut, dass es in die Kompetenz des Stadtrates falle. Der Einfachheit halber hätte der Gemeinderat das Geschäft in seiner Kompetenz halten können, was aber in Kenntnis der heutigen Situation keine gute Idee wäre.

Am heutigen Abend gelte es die Frage zu beantworten, ob einem Kulturzentrum am Standort der Alten Mühle eine Chance gegeben werden wolle oder nicht. Andere und konkretere Nutzungsmöglichkeiten seien zumindest ihm bis anhin nicht zur Kenntnis gelangt.

Die Gratisnutzung werde nicht stark gebraucht. Persönlich zweifle er daran, dass heute alle, die den entsprechenden Vorstoss damals unterzeichnet haben und alle jene, die der Erheblicherklärung zugestimmt haben, die Gratisnutzung in Anspruch nehmen. Da von vielen die Gratisnutzung nicht beansprucht werde, erstaune es auch nicht, dass der Bedarf danach eher gering sei. Trotzdem werde der Gemeinderat die Gratisnutzung noch weiterführen.

Der Gemeinderat habe im Übrigen einen Prüfungsauftrag vorliegend, womit geklärt werden soll, ob die Übergangssaison des Stadttheaters allenfalls in der Alten Mühle veranstaltet werden könnte. Der Stadtrat könne sich heute auch dazu äussern. Er persönlich sei der Meinung, dass damit wieder etwas Leben in die Bude gebracht würde. Während dieser vorübergehend neu geschaffenen Struktur müsse aber ein weiterer Schritt hin zu einer Lösung getan werden. Ein weiterer Schritt bestehe darin erneut Arealabklärungen zu veranlassen oder aber ein Abbruchgesuch für die Mühlesilos zu stellen, so dass vielleicht in etwa fünf Jahren bekannt sein könnte, ob das Silo abgebrochen werden dürfe oder nicht.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

Namens des Gemeinderates plädiere er dafür, die Machbarkeitsstudie an die Hand zu nehmen, um während der noch laufenden Legislatur möglichst viele Informationen besorgen zu können und um damit eine Ausgangslage zu schaffen, so dass eine politische Wertung vorgenommen und das weitere Vorgehen bestimmt werden könne.

GPK-Mitglied Patrick Freudiger (SVP): Die Geschäftsprüfungskommission habe den Gemeinderat - besonders bezüglich dieses Geschäfts - auf Herz und Nieren geprüft. Die Geschäftsprüfungskommission habe feststellen müssen, dass sich das Mühle-Geschäft zu einem "Problem-Dauer-Brenner" wie der Fall "Märitgasse" entwickle, die ebenso mindestens alle zwei Jahre oder sogar jährlich thematisiert worden sei.

Die Geschäftsprüfungskommission habe verschiedene Punkte diskutiert:

- Der Einbezug des Silos sei ebenso diskutiert worden, wie der Einbezug von entsprechenden Institutionen, die im Silo untergebracht werden könnten oder eben nicht.
- Auch der Denkmalschutz bzw. die verschiedenen - nicht in allen Teilen gleichlautenden Einträge in den verschiedenen Inventaren - habe zu reden gegeben, zumal darin in gewisser Weise sogar Widersprüchlichkeiten gesehen werden könnte (Beispiel: Das ISOS-Inventar schütze schweizerische Ortsbilder einerseits und stehe dem kantonalen bzw. kommunalen Bauinventar gegenüber).
- Eine Diskussion sei auch über die Frage geführt worden, ob ein "Fait accompli" geschaffen würde, wenn mit der Ausarbeitung der Machbarkeitsstudie jetzt begonnen würde, weil es allenfalls sinnvoller sein könnte, diese Arbeit noch vom bestehenden Team des Gemeinderates ausführen zu lassen.
- Die Frage, ob der Stiftungszweck geändert werden könne, sei ebenfalls diskutiert worden.
- Ausserdem sei auch über die Zusammensetzung des Kredites, wonach für das Bau- und Planungsrecht Fr. 2'000.00 budgetiert worden seien, wogegen für das übrige Recht über Fr. 60'000.00 einberechnet worden seien.

Nicht diskutiert worden sei im Übrigen die Frage – weil die Antwort darauf schlicht keine sachliche Relevanz hätte - ob es nötig gewesen wäre, dass das eine oder andere Mitglied des Stadtrats vorher ein Telefonat mit dem einen oder anderen Mitglied des Gemeinderates geführt hätte, bevor das Thema im Stadtratssaal behandelt werde. Der Gemeinderat habe glaubhaft dargelegt, dass ein begründ- und nachvollziehbarer Weg zu diesem Geschäft bestehe. Die Syntheseidee sei nachvollziehbar. Materiell lasse sie sich vertreten, ob man damit nun einverstanden sei oder nicht.

Aus diesem Grund habe die Geschäftsprüfungskommission die formelle Richtigkeit mit 3 Ja Stimmen festgestellt. Wer sich nun frage, weshalb die siebenköpfige Geschäftsprüfungskommission ein solches Abstimmungsresultat liefere, dem sei gesagt, dass sich nebst einer entschuldigt abwesenden Personen drei Mitglieder der Stimme enthalten haben, womit nicht die formelle Richtigkeit der Vorlage verneint, sondern Kritik an den in den Entscheidungsgrundlagen fehlenden Abklärungen der rechtlichen Rahmenbedingungen für das Mühle-Silo zum Ausdruck gebracht werde. Nach Ansicht der drei sich enthaltenden Personen handle es sich nicht nur um eine materiell rechtliche Frage, da auch ein Bezug zur formellen Frage bestehe, ob eine Prüfung durchgeführt werden soll oder nicht.

Im Übrigen gelte es sich bewusst zu sein, dass man sich im Bereich des Denkmalschutzes häufig in einer Zone der rechtlich kodifizierten Willkür befinde. Nichts desto trotz werde mit den enthaltenden Stimmen zu Bedenken gegeben, dass der Fortbestand des Mühle-Silos möglicherweise so oder so diskutiert werden müsse, was vermutlich nicht ganz unabhängig der Frage zum Fortbestand und zur fortbestehenden Nutzung der Mühle an sich geschehen könne.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

Die Geschäftsprüfungskommission habe sich auch gefragt, wie oder ob es dem Stadtrat eigentlich möglich sei, von etwas zustimmend oder ablehnend Kenntnis nehmen zu können, oder ob die Kenntnisnahme nicht einfach ein rein formeller Vorgang sei, womit wertneutral (weder zustimmend noch ablehnend) etwas zur Kenntnis genommen werde.

Die Beratung der Geschäftsprüfungskommission zum Thema sei nicht nur sehr lange, sondern auch sehr interessant gewesen. Im Namen der Geschäftsprüfungskommission danke er den Vertretenden des Gemeinderates, zu allen Fragen Red und Antwort gestanden zu haben.

Finanzkommissions-Mitglied Markus Gfeller (FDP): Im Gegensatz zum Gemeinderat habe die Finanzkommission die Vorlage mit 5 Stimmen Nein (bei 1 Stimme Enthaltung und 1 Abwesenheit) abgelehnt, weshalb er namens der Finanzkommission (vorberatende Kommission) unüblicherweise vor dem Stadtrat Stellung beziehe, um die Haltung der Finanzkommission zu begründen.

Die Finanzkommission stelle (in sitzungschronologischer Reihenfolge) Folgendes fest:

- Anlässlich der Volksabstimmung betreffend den Kauf des Mühleareals sei dem Stimmbürger der Abriss des Silos versprochen worden.
- Dass weder eine Variantenstudie vorliege, noch ein allfälliger Verkauf in Betracht gezogen werde, sei bedauerlich.
- Das Geschäft gehöre grundsätzlich in den Kompetenzbereich der Stiftung Mühle, die aber wegen fehlender finanzieller Mittel nicht in der Lage sei, den Betrieb weiterzuführen.
- Die weitere Notwendigkeit der Stiftung sei noch nicht geklärt worden.
- Das vom Gemeinderat vorgeschlagene Vorgehen werde eher als Planungsauftrag verstanden und nicht als eine Machbarkeitsstudie qualifiziert.
- Die Beratungskosten von über Fr. 60'000.00 seien als nicht notwendig erachtet worden.
- Mehr Nutzungsvarianten – unter anderem mit und ohne Silo – seien zu prüfen.
- Der Planungsumfang sollte zumindest um den Bereich "Mühlescheune" erweitert werden.

Die Finanzkommission habe basierend auf diesen Feststellungen insgesamt vier Anträge gestellt, die schlussendlich jedoch keinen Eingang in die heute zu beratende Vorlage gefunden haben.

Insbesondere als Folge:

- der unklaren Ausgangslage des Mühle-Silos und der Stiftung,
- des unbefriedigenden Planungsumfangs (nur Variante Alte Mühle mit Silo),
- der zu teuer beurteilten Beratungskosten (Projektsteuerung)

werde die Vorlage von der Finanzkommission mit 5 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung und 1 Abwesenheit) abgelehnt.

B Allgemeine Beratung

EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP): Über das vorliegende Traktandum sei in der EVP/glp-Fraktion ausführlich diskutiert worden. Auch habe eine eingehende Auseinandersetzung mit den ersten Ergebnissen der Begleitgruppe stattgefunden. Die Vorschläge für die mögliche zukünftige Nutzung des Mühleareals seien durchaus prüfbar. Der Gemeinderat schlage die Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie vor, um weitere Eignungs- und Vorgehensabklärungen vornehmen zu können. Noch seien aber zu viele Fragen offen, so dass von Seiten der EVP/glp-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Bereitschaft bestehe, den dafür geforderten Kredit gutzuheissen. Beim Investitionskredit für die vorgesehene zweite Phase handle es sich um einen sehr hohen Betrag, zumal die zweite Machbarkeitsstudie kein Garant für eine definitive Umsetzung sei. Die Zukunft des Mühleareals stehe auch nach einer zweiten Phase auf wackeligen Beinen. Idealerweise müssten beispielsweise auch für die Musikschule bauliche Anpassungen an der Alten Mühle vorgenommen werden.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

Insbesondere das Mühle-Silo sei unberechenbar und damit ein Fass ohne Boden. Sämtliche Planungen mit Silo führen zu zu hohen Folgekosten. Dementsprechend fragwürdig sei, inwiefern das Silo-Gebäude überhaupt noch renovationstauglich sei.

Die EVP/glp-Fraktion ziehe einen Abriss durchaus in Betracht und sei der Meinung, dass überprüft werden soll, ob das Mühlesilo tatsächlich noch schützenswert sei. Der Schutz des Silos sei für die EVP/glp-Fraktion ein Zukunftsgedanke, der heute aber nicht zur Debatte stehe.

Die EVP/glp-Fraktion setze ein Fragezeichen in Bezug auf die Zukunft und Funktion der Stiftung Mühle. Um dem endlosen städtischen Mühlespiel eine Ende zu setzen, plädiere die EVP/glp-Fraktion für die Veräusserung des gesamten Mühleareals und **stelle folgenden Antrag:**

Antrag 1

Rückweisungsantrag der EVP/glp-Fraktion

Rückweisung des Geschäfts mit folgender Vorgabe an den Gemeinderat:

Vorbereitung des Verkaufs des gesamten Mühle-Areals unter grösstmöglicher Berücksichtigung des Ortsbildschutzes und Steigerung der Attraktivität des Areals.

Der Vorschlag könnte einige der Anwesenden vor den Kopf stossen oder Emotionen provozieren, da nicht zuletzt auch die Mitglieder des Stadtrates mit der lieb gewonnenen Alten Mühle verbunden seien. Aber weder die Frage, wo der Stadtrat nach einem Verkauf tate, noch die Angst vor einem möglichen Verlust der traditionellen Gartenoper, sollte die Mitglieder des Stadtrates vor diesem nötigen Entscheidungsschritt abhalten. Speziell die Gartenoper präge das Langenthaler Kulturrenommee und könnte bei einem Verkauf durchaus als Auflage mitberücksichtigt werden.

Die EVP/glp-Fraktion erwarte, sofern einer Veräusserung zugestimmt würde, dass die Interessenten vom Gemeinderat einer sorgfältigen Überprüfung unterzogen würden, so dass der Zuschlag schlussendlich an den Käufer mit dem überzeugendsten Gesamtkonzept für die Mühle und deren Areal gehen würde. Die EVP/glp-Fraktion sei davon überzeugt, dass der Verkauf des Mühle-Areals für die Stadt keinen Verlust, sondern bei entsprechender guter Lösungsfindung, durchaus einen Gewinn und eine Entlastung darstelle. Ausserdem würde damit der Alten Mühle eine Chance geboten, attraktiver zu werden.

Die EVP/glp-Fraktion stelle einen möglichen Verkauf des Mühle-Areals unter den Vorbehalt, dass der Ortsbildschutz sowie die Steigerung der Attraktivität des Areals grösstmöglich berücksichtigt werden. Die Alte Mühle soll auf diese Art wieder belebt werden.

SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP): Die vom faktisch handlungsfähigen Stiftungsrat hinterlassene aber gescheiterte Privatunternehmung sei der Grund, weshalb über das Geschäft heute überhaupt gesprochen werden müsse. Zum Glück habe der Stadtpräsident in der seit rund einjährigen Phase, in der nichts mehr passiert wäre, gehandelt. Der Stadtpräsident stehe auch heute hin und bade vermutlich etwas aus, was von anderen verbockt worden sei. Die damit zum Ausdruck gebrachte Führungsverantwortung werde von der SVP-Fraktion ausdrücklich anerkannt, obschon die Vorlage auch von der SVP-Fraktion nicht unterstützt werden könne.

Der Gemeinderat habe das Geschäft in der vorliegenden Form aufgegleist, um vor allem Klarheit zu erhalten. Klarheit heisse, den gemeinderätlichen Antrag entweder zu unterstützen oder aber einen Rückweisungsantrag mit Auflagen (genauer Hinweis auf die künftige Marschrichtung) zu stellen. Die SVP-Fraktion habe sich für die Rückweisung entschieden.



Weil es um eine sehr wichtige Weichenstellung gehe und weil der Gemeinderat ein möglichst genaues Signal erhalten soll, habe die **SVP-Fraktion beschlossen, den Rückweisungsantrag gemeinsam mit der FDP/jll/BDP-Fraktion einzureichen.**

Vorgespräche mit der FDP/jll/BDP-Fraktion hätten gezeigt, dass die Auffassungen der SVP-Fraktion mit jenen der FDP/jll/BDP-Fraktion weitgehend übereinstimmen.

Die SVP-Fraktion lehne die Vorlage aus den gleichen Gründen ab, wie sie von Stadtrat Markus Gfeller im Namen der Finanzkommission genannt worden seien. Zum einen seien noch viele grundsätzliche Fragen völlig offen und zum anderen liefere der Planungssperimeter wegen des Verzichts auf die Variante "ohne Silo" einen falschen Ansatz. Die SVP-Fraktion sei nicht gewillt, Millionen von Franken in das Silo zu investieren. **Antrag 2**

Diese Investition wäre aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu rechtfertigen. Eine Machbarkeitsabklärung einzig und alleine mit dieser Stossrichtung vorzunehmen, mache nach Ansicht der SVP-Fraktion keinen Sinn. Zudem werde mit der weiteren Bearbeitung der Syntheseidee ein etwas eindimensionaler Bereich fokussiert. Die SVP-Fraktion wolle heute nicht weitere Fr. 180'000.00 sprechen, zumal es sich dabei nur um externe Kosten handle. Die Idee, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, bevor der dazu notwendige Grundsatzentscheid getroffen worden sei, werde von der SVP-Fraktion nicht unterstützt.

Er habe sich erlaubt, die nicht am Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion beteiligten Fraktionen schriftlich über den Inhalt des Rückweisungsantrags zu informieren.

Betreffend den Punkt 1 des Antrags seien bereits Vorarbeiten geleistet worden, die nur konsolidiert werden müssten. In der vorliegenden Syntheseidee werde durchaus ein interessanter Ansatz erkannt, insofern dieser Ansatz in ein Gesamtkonzept für das ganze Areal eingebunden sei. Für die SVP-Fraktion sei klar, dass die Bewirtschaftung des Areals nicht eine zwingend städtische Aufgabe sei, weshalb eine private Zukunft des Areals nicht ausser Acht gelassen werden könne.

Die SVP-Fraktion erwarte Antworten auf die relevanten Fragen zu erhalten (Verkauf, Vermietung, Stifungsauflösung, Überführung Liegenschaft Mühle in Finanzvermögen der Stadt) ohne Anspruch darauf zu erheben, dass damit alle Fragen abgedeckt werden können. Es liege auf der Hand, dass das Konzept mit der Gratisnutzung gar nicht mehr umsetzbar sei. Ohne diese Anforderung werde auch die Struktur "einfache Gesellschaft" eigentlich hinfällig, wodurch sich Opportunitäten für privatwirtschaftliche Lösungen ergeben, die den Steuerzahler der Stadt Langenthal nichts kosten würden.

Die SVP-Fraktion fordere klar den Abriss des Mühle-Silos. Von der SVP-Fraktion werde sich auch Stadtrat Stefan Grossenbacher als Baufachmann zu diesem Thema äussern.

Betreffend Punkt 2 stelle er fest, dass sich die SVP-Fraktion den Ergebnissen der bisherigen Arbeiten überhaupt nicht verschliesse. Die SVP-Fraktion fordere in diesem Zusammenhang keinen Übungsabbruch. Im Antrag sei festgehalten, dass die Abklärungen bei Bedarf weitergeführt werden sollen, was aber nach gewissen Vorstellungen zu geschehen habe.

Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Vorlage entlang folgender Vorgaben zu überarbeiten:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Machbarkeit und möglichen Auswirkungen im Zusammenhang mit einer Umnutzung des Areals zu untersuchen und die Ergebnisse in einem Bericht darzustellen. Die Fragestellungen erstrecken sich dabei insbesondere auf die Aspekte Verkauf der Immobilien, Vermietung der Räumlichkeiten, Auflösung der Stiftung und ggf. Überführung der Alten Mühle ins Finanzvermögen der Stadt Langenthal. Gegenstand des Planungssperimeters ist das gesamte Mühle-Areal. Das Mühlesilo kann nicht wirtschaftlich betrieben werden und ist deshalb abzurreissen. Die entsprechenden Bewilligungen sind einzuholen.
2. Der Gemeinderat untersucht die präsentierte Syntheseidee unter Beachtung der Rahmenbedingungen gemäss Ziff. 1 bei Bedarf weiter. Der Abklärungsbericht soll die betrieblichen, baulichen, planerischen, rechtlichen und finanziellen Eckwerte darstellen und deren Auswirkungen bewerten. Der Gemeinderat kann externe Fachpersonen beziehen. Der Prozess hat sich auf die sachlichen Aspekte zu beschränken, eine politische Einflussnahme (so beispielsweise eine Mitwirkung) findet in diesem Stadium nicht statt.
3. Der Gemeinderat unterbreitet die Abklärungsergebnisse gemäss Ziff. 1 und 2 vorstehend dem Stadtrat bis Mitte 2016 für den weiteren politischen Prozess.



Der Kredit von Fr. 180'000.00 sei wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. Fr. 100'000.00 seien für den Architekten reserviert. Die Offerte dafür liege vor und enthalte einen Stundenansatz der völlig in Ordnung sei. Der Kostenbestandteil für die externe Projektsteuerung von Fr. 60'000.00 dagegen sei seiner persönlichen Ansicht nach nicht zu verantworten. Angesichts des herrschenden Spardrucks wegen grosser struktureller Defizite und im Zuge des Projekts AEA seien diese Kosten nicht angebracht. Lediglich der kleinste Teil der Kosten sei für die wirklich anspruchsvolle juristische Arbeit vorgesehen, wofür sich das Honorar rechtfertigen lasse.

Die SVP-Fraktion finde, dass die sich aus der Syntheseidee ergebenden Fragestellungen nicht wirklich von politischer Natur seien. Demgemäss brauche es die Begleitgruppe im vorgesehenen Stadium nicht mehr unbedingt. Mit der öffentlichen Mitwirkung verhalte es sich ebenso. Die Abklärungen liessen sich sehr gut auf der fachlichen Ebene (zwischen Behörden und externen Fachpersonen/Architekt) weiterverfolgen. Nicht nur, dass die auf diese Art erzielten Abklärungsergebnisse mit Sicherheit nicht schlechter wären, als jene der vorgeschlagenen Projektorganisation, sie würden auch schneller und effizienter beschafft und nur etwa halb so viel kosten.

Die SVP-Fraktion stelle sich vor, dass der Gemeinderat dem Stadtrat die Abklärungsergebnisse bis spätestens Mitte des nächsten Jahres vorlegen werde. In welcher Form dies geschehe, lasse die SVP-Fraktion offen, da die Art der Vorlage von den Umständen abhängen werde. Weil es in dieser Phase um eine sachliche und nicht um eine politische Fragestellung gehen werde, werde die vorgesehene Terminplanung als realistisch erachtet. Bereits der in der Machbarkeitsstudie unterbreitete Antrag könnte als Beispiel genommen werden, da ohne die vorgeschlagene Projektorganisation die Aufbereitung der Ergebnisse problemlos ein halbes Jahr eher möglich wäre.

SP/GL-Fraktion, Matthias Wüthrich (GL): Die SP/GL-Fraktion habe das Geschäft intensiv diskutiert und festgestellt, dass sich gewisse Anliegen mit den Interessen anderer Fraktionen überschneiden. **Die SP/GL-Fraktion sei dennoch zum Schluss gelangt, einen eigenen Rückweisungsantrag zu formulieren**, der insbesondere die private Nutzung vorsehe, diese aber nur im Baurecht ermöglichen:

Antrag 3

Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Vorlage entlang folgender Vorgaben zu überarbeiten:

Die öffentliche Nutzung in der alten Mühle soll in einem noch zu definierenden Rahmen beibehalten werden - unter der Berücksichtigung neuer (zu entwickelnden) Misch-Nutzungskonzepte, welche auch Privaten (weitere) Mietflächen (Wohn- oder Gewerbezone) in den Räumlichkeiten der "Alten Mühle" (inkl. Silo und Hof) einräumt. Der Gemeinderat wird angewiesen, den Projektauftrag dementsprechend umzuformulieren.

Nach Ansicht der SP/GL-Fraktion soll das historisch wertvolle Areal im Besitz der Allgemeinheit bleiben. Die SP/GL-Fraktion sei sich bewusst, dass mit der Rückweisung eine Wiedereröffnung verzögert werde. Die SP/GL-Fraktion sei sich aber ebenso sicher, dass eine breitere Abklärung nötig sei. Nichts desto trotz werde die Stimmabgabe der SP/GL-Fraktion nicht geschlossen erfolgen.

FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP): Mit Verweis auf das Votum von Stadtrat Roberto Di Nino bestätige er namens der FDP/jll/BDP-Fraktion, dass eine Mehrheit der Fraktionsmitglieder den darin gemachten Aussagen zustimme. Die übereinstimmende Meinung sei auch der Grund für den gemeinsam mit der SVP-Fraktion formulierten Rückweisungsantrag und insbesondere auch der Entscheid, dessen Begründung dazu gemeinsam einzureichen.

Namens der FDP/jll/BDP-Fraktion danke er vorweg dem Stiftungsrat, der die Geschehnisse der Mühle seit März 1984 in verschiedenen personellen Zusammensetzungen bearbeite. Die Aufgabe sei aufgrund der verschiedenen, mit beschränkten finanziellen Mitteln zu vereinbarenden Interessen nicht einfach. Der Stiftungsrat habe sicherlich sein Möglichstes getan. Die FDP/jll/BDP-Fraktion danke auch dem Gemeinderat dafür, eingesprungen zu sein, als die Stiftung selber nicht mehr handeln konnte.

Dank gebühre dem Gemeinderat auch dafür, ein Projekt ausgearbeitet zu haben, über welches heute Beschluss gefasst werden könne, indem die Beträge darin so festgelegt worden seien, dass es überhaupt ein Stadtratsgeschäft sei. Der Gemeinderat habe sehr viel gute Vorarbeit geleistet.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

Seit den Abstimmung im Jahre 1986 bzw. 1992 - als es einerseits um den Kauf der Mühle und andererseits später um deren Nutzung gegangen sei – seien mittlerweile mehr als 20 Jahre vergangen. Die heutigen Bedürfnisse seien möglicherweise nicht mehr ganz die gleichen, wie damals.

Auch er sei einer der 15 Stadträte, die den Vorstoss¹ für die Gratisnutzung unterzeichnet haben. In der FDP/jll/BDP-Fraktion herrsche mittlerweile die Überzeugung, dass die Gratisnutzung möglicherweise – zumindest langfristig - nicht mehr weitergeführt werden könne. Dank der seit Februar 2015 eingeführten Gratisnutzung sei heute überhaupt bekannt, wie viel bzw. wie wenig Gebrauch davon gemacht werde.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei ganz klar der Meinung, dass bevor etwas Konkretes über die Mühle bzw. das Mühle-Silo geplant werden könne, bekannt sein müsse, welche Absichten die Stadt längerfristig mit dem gesamten Areal (insbesondere auch der Mühlescheune) verfolge.

Bereits in früheren Jahren seien Umfragen in politischen Parteien und Fraktionen betreffend die Baufelder gemacht worden. Gewisse Ergebnisse aus diesen Umfragen seien allenfalls wiederverwendbar. Bevor grössere Investitionen für die Nutzung des Hauses über mehrere Jahrzehnte ausgelöst werden, gelte es Rechenschaft darüber abzulegen, was überhaupt mit dem ganzen Areal längerfristig geschehen soll.

Das Mühle-Silo, welches bereits seit Jahren nicht mehr seinem ursprünglichen Zweck entsprechend genutzt worden sei, habe bekannterweise geschlossen werden müssen. Den einzelnen Mietern sei aus sicherheitstechnischen Gründen gekündigt worden. Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei überzeugt, dass das Silo auch längerfristig nicht wirtschaftlich betrieben werden könne. Demgemäss sei die FDP/jll/BDP-Fraktion der Ansicht, dass der Unterhalt und Betrieb des Silos gefälligst von den Leuten zu finanzieren sei, die dessen Erhaltung wollen.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei klar der Meinung, dass der Abbruch voranzutreiben sei, wenn der Entscheid gegen den Erhalt gefällt werde. In diesem Sinne informiere die FDP/jll/BDP-Fraktion, das Silo abbrechen zu wollen, womit dem Gemeinderat heute eine klare Richtung vorgegeben werde. Ausserdem werde damit klar kommuniziert, dass der Abriss nicht nur eine Idee der Exekutive sei, sondern dass der Entscheid zumindest auch vom Stadtrat mitgetragen werde.

SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP): Vorweg und Namens der SVP-Fraktion danke er dem Gemeinderat dafür, dem Parlament die Möglichkeit zu geben, über das Thema abstimmen und diskutieren zu können.

Das ursprüngliche Mühlesilo sei im Jahre 1933 erbaut worden. Im Jahre 1946 sei es mit einem 7-geschossigen Putz-Bau ergänzt worden, um Lagerraum zu schaffen. Das Silo beinhalte 9 Kammern und bestehe aus Stallbeton. Die Fassade befinde sich heute in einem schlechten Zustand. Die Sanierung der Fassade wäre nur mit sehr grossem Aufwand möglich.

Die Denkmalpflege sei vermutlich an der Erhaltung der Kammern des Silos interessiert. Eine Nutzung in die Kammern zu bringen, gestalte sich aber als sehr schwierig. Die vertikal stehenden Silos, horizontal zu nutzen, bedeute, Böden und Fenster einbauen zu müssen, womit die eigentliche Struktur des Gebäudes zerstört würde.

¹ Motion Dietrich Pascal, Felber Lukas (beide jll), Marti Bernhard (SP), Lanz Rahel (EVP), Burlon Ralph (SVP), Moser Martina (SP), Zurlinden Urs (FDP), Steiner-Brütsch Daniel (EVP), Baumgartner Renato (SP), Gfeller Markus (FDP), Bayard Paul (SP), Moser Peter (FDP), Köhli Samuel (SP), Colicchio Umberto (BDP), Trachsel Ruth (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Oktober 2014: Provisorische Öffnung der "Alten Mühle" (als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 15. Dezember 2014)



Der Putz-Bau sei spezifisch für die Lagernutzung erstellt worden. Im Jahre 1946 seien seines Wissens die Güter noch mit Sackkarren im Gebäude herumtransportiert worden. Die Räume seien deshalb sehr einfach gestaltet. Das Gebäude den heutigen Normen und Vorschriften entsprechend zu erstellen, würde den Einsatz von relativ vielen Ressourcen erfordern. Zudem stelle jeder Eingriff einen Widerspruch dazu dar, das eigentliche Gebäude erhalten zu müssen. Auch die Aufgabe, die unterschiedlichen Räume und Geschosshöhen des Silos mit denjenigen des Gebäudes der "Alten Mühle" zu verbinden, sei nicht einfach und zudem mit sehr hohen Kosten verbunden. Diese schwierige Ausgangslage mache deutlich, dass gewiss auch der Abriss des Silos eine Strategie sein könne.

Abschliessend erlaube er sich die Frage zu stellen, ob die Entwicklung des Mühlereals eine Aufgabe der Stadt sei?

C Beratung und Beschlussfassung über Rückweisungsanträge

EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP): Die EVP/glp-Fraktion sei nach wie vor davon überzeugt, dass die Unterstützung ihres Rückweisungsantrages den Effekt hätte, der Stadt weniger Kosten zu verursachen. Die EVP/glp-Fraktion könne sich aber auch ein Stück weit mit dem Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion anfreunden, da auch in diesem Antrag die Möglichkeit des Verkaufs enthalten sei. Eine Hürde sehe die EVP/glp-Fraktion allerdings in der Formulierung von Absatz 1. Der Stadtpräsident habe ausführlich darüber berichtet, dass für Abklärungen betreffend das Silo-Areal (Abbruch etc.) sehr viel Zeit aufgewendet werden müsste.

Dementsprechend stehe der Wortlaut des letzten Satzes in Punkt 1: *"Das Mühlesilo kann nicht wirtschaftlich betrieben werden und ist deshalb abzureissen"* im Widerspruch dazu, in kurzer oder absehbarer Zeit tätig werden zu können.

Falls sich der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion durchsetzen sollte, **beantrage sie namens der EVP/glp-Fraktion im Sinne eines Gegenvorschlags, den Beschlusspunkt 1 im Antrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion wie folgt zu formulieren:**

Antrag 4

Gegenvorschlag der EVP/glp-Fraktion zum Beschlusspunkt 1 des Rückweisungsantrages der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Vorlage entlang folgender Vorgaben zu überarbeiten:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Machbarkeit und möglichen Auswirkungen im Zusammenhang mit einer Umnutzung des Areals zu untersuchen und die Ergebnisse in einem Bericht darzustellen. Die Fragestellungen erstrecken sich dabei insbesondere auf die Aspekte Verkauf der Immobilien, Vermietung der Räumlichkeiten, Auflösung der Stiftung und ggf. Überführung der Alten Mühle ins Finanzvermögen der Stadt Langenthal. Gegenstand des Planungsperimeters ist das gesamte Mühle-Areal. ~~Das Mühlesilo kann nicht wirtschaftlich betrieben werden und ist deshalb abzureissen. Die entsprechenden Bewilligungen sind einzuholen. Der Ortsbildschutz soll grösstmöglichst berücksichtigt werden.~~

Pascal Dietrich (jll): Über das Vorgehen des Gemeinderates erstaunt, sehe er sich veranlasst, sich zur Mühle zu äussern.

Obwohl extra eine Begleitgruppe eingesetzt worden sei - was er persönlich gut gefunden habe - und von deren Mitgliedern empfohlen worden sei, mehrere Varianten zu prüfen (mit und ohne Silo) sei auf dieses doch deutliche Signal - im Übrigen ohne eine Abstimmung darüber durchgeführt zu haben - nicht reagiert worden. Der Gemeinderat beabsichtige ein anderes Vorgehen und obschon er auch von der Abstimmung der Finanzkommission hätte gewarnt sein sollen, bringe dieser die Vorlage trotzdem in unveränderter Form (mit Silo). Dieses Vorgehen werfe die Frage auf, was der Gemeinderat eigentlich wolle. Persönlich hoffe er nicht, dass damit ein grundsätzliches Nein vom Stadtrat zum Projekt provoziert werden soll, zumal damit ein Weiterarbeiten am Projekt in der laufenden Legislaturperiode völlig verhindert würde, woran wohl niemand Interesse haben könne. Ganz klar und wie alle Vorredner sei auch er der Meinung, dass das Projekt wenn möglich ohne Silo vorangetrieben werden soll. Das Silo sei seiner persönlichen Ansicht nach "so wüst wie die Nacht" und verschandle die schöne Ansicht der Alten Mühle. In den letzten Tagen habe er mit 20 bis 30 Leuten gesprochen, von denen genau keiner sich dahingehend geäussert habe, das Silo behalten zu wollen.



Schon in der ersten Abstimmungsbotschaft (Anfang der 80-er-Jahre) sei festhalten worden, dass das Mühlesilo noch 10 bis maximal 20 Jahre betrieben werde, bevor es wie geplant, abgerissen werde. Im Übrigen habe Anfang der 80-er-Jahre das alte Tell-Gebäude weichen müsse. Das Gebäude sei in einer Luftschutzübung verbrannt worden. Er persönlich sei der Meinung, dass die Luftschutzübung mit dem Mühlesilo viel besser gewesen wäre und dass damals die Chance verpasst worden sei, das Silo wegzuräumen. Da der Stadtpräsident heute damit argumentiere, ein Abrissgesuch stellen zu müssen, um verbindlich in Erfahrung zu bringen, ob das Silo abgebrochen werden könne oder nicht, schlage er persönlich vor, dieses Gesuch morgen einzureichen, um Klarheit zu erhalten.

Abgesehen vom grausigen Anblick des Silos finde er die Syntheseidee persönlich gut, wonach verschiedene Institutionen auf dem Mühleareal konzentriert werden könnten. Ein Verkauf stehe demnach seiner Meinung nach nicht unbedingt im Vordergrund, wobei es aber vielleicht Varianten gäbe, womit sich die Vielseitigkeit trotzdem umsetzen liesse. Zu bedenken gelte es auch, dass die Renovation immerhin mit Steuergeldern finanziert worden sei und dass damals Versprechungen betreffend die öffentliche Nutzung abgegeben worden seien.

Die Syntheseidee sei im Kern gut, aber das vom Gemeinderat darum gelegte Korsett zu eng. Es gelte nun zu prüfen, was nur mit dem Mühlegebäude machbar wäre und auch darum zu klären, welche Institutionen darin Platz finden würden und auf wie viel sich die Kosten dafür belaufen würden. Geprüft werden soll auch, mit welchen Kosten zu rechnen wäre, wenn allenfalls auch der Hof und die Stallungen in das Projekt miteinbezogen würden. Die Prüfung all dieser Bereiche aber ohne Silo, gelte es noch in dieser Legislaturperiode vorzunehmen, weil das zentral gelegene Areal mitten im pulsierenden Langenthal eine gute Zukunft habe.

Dem Stadtpräsidenten gebe er mit auf den Weg, es natürlich zu glauben, dass die Gratisnutzung nicht so wahnsinnig gefragt sei, wie vermutet worden sei, als die Mühle letztes Jahr geschlossen werden musste. In diesem Zusammenhang weise er darauf hin, dass die Jungliberalen Langenthal am 10. Juli gerne eine Sitzung hätten abgehalten wollen, wenn sie auf die entsprechend an die Stadtverwaltung gestartete Anfrage nicht die Antwort erhalten hätten, dass die Alte Mühle während den Schulferien geschlossen sei.

Paul Bayard (SP): Die meisten verfügen offenbar bereits über fix-fertige Ideen zum weiteren Vorgehen, wogegen der Gemeinderat das weitere Vorgehen offen lasse und sich mehr Gedanken zur Syntheseidee gemacht habe. Er persönlich finde den Ansatz des Gemeinderates viel besser, als alles bisher Dagewesene. Der Gemeinderat habe sich nicht nur über die Mühle Gedanken gemacht, sondern sogar daran gedacht, allenfalls damit Schulraum freispielen zu können. In Zukunft werde zusätzlicher Raum in den Schulen gebraucht, so dass es ein bedeutender Vorteil sei, sich bereits heute Gedanken darüber zu machen, anstatt nur die Mühle oder deren Silo zu thematisieren.

Anders als die meisten teile er die Meinung nicht, dass das Mühlesilo so oder abgerissen werden soll, weil es scheinbar zu nichts taue. Mit der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Machbarkeitsstudie lassen sich aufzeigen, welcher Weg zu einem guten Resultat führe.

Auch die Idee, den Stadttheaterbetrieb während der Umbauzeit des Theatergebäudes in die Alten Mühle zu verlegen, finde er persönlich super.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

SP/GL-Fraktion Renato Baumgartner (SP): Namens der SP/GL-Fraktion weise er darauf hin, beim Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion einen Hinweis auf die Abgabe im Baurecht zu vermissen. Der Antrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion werde mit Ausnahme dieses Punktes als gut erachtet, da darin die grossräumige Öffnung des ganzen Gedankens, was alles machbar wäre, enthalten sei.

Die SP/GL-Fraktion beantrage deshalb im Sinne eines Gegenvorschlages den Beschlusspunkt 1 im Antrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion wie folgt zu ergänzen:

Antrag 5

Gegenvorschlag der SP/GL-Fraktion zum Beschlusspunkt 1 des Rückweisungsantrages der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Vorlage entlang folgender Vorgaben zu überarbeiten:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Machbarkeit und möglichen Auswirkungen im Zusammenhang mit einer Umnutzung des Areals zu untersuchen und die Ergebnisse in einem Bericht darzustellen. Die Fragestellungen erstrecken sich dabei insbesondere auf die Aspekte Verkauf der Immobilien, Abgabe im Baurecht, Vermietung der Räumlichkeiten, Auflösung der Stiftung und ggf. Überführung der Alten Mühle ins Finanzvermögen der Stadt Langenthal. Gegenstand des Planungsperrimeters ist das gesamte Mühle-Areal. Das Mühlesilo kann nicht wirtschaftlich betrieben werden und ist deshalb abzureissen. Die entsprechenden Bewilligungen sind einzuholen.

...

Beatrice Lüthi (FDP): Der Spruch von Massimo Rocchi: "*Äs isch eso und fertig!*" sollte - soweit es um das Mühlesilo gehe - nicht zutreffen dürfen. Zudem befürchte sie, dass dem Stadtrat eine durchgewunkene Machbarkeitsstudie später um die Ohren gehauen würde.

Genau die Information, wonach im Silo noch Fläche für eine Musikschule, für eine Bibliothek oder was auch immer vorhanden sein soll, erachte sie als falsch. Stadträtin Anita Steiner-Thaler habe bereits erwähnt, dass es sich beim Mühlesilo um ein Fass ohne Boden handle.

Die Behauptung des Gemeinderats, unbelastet jeglichen Vorwissens zu sein, dass das Mühlesilo in der Kritik stehe, rufe gewisse Zweifel hervor und bedürfe ergänzender Anmerkungen: In den Grundlageakten seien keine Informationen in Bezug auf die Rechtslage des Mühlesilos vorhanden. Auch Angaben darüber, in welchen Sphären sich Langenthal bewegen würde, wenn das Silo erhalten bliebe, seien darin nicht zu finden. Stadtrat Pascal Dietrich habe bereits erwähnt, dass Anfang der 80-er-Jahre im Botenschaftstext an die Stimmberechtigten von einer Nutzung von 10 bis 20 Jahren die Rede gewesen sei. In der Tat habe damals sogar der Heimatschutz gesagt, dass das Silo wirklich nicht ins Gefüge der Komposition passe und abgerissen werden soll. Als es dann aber Anfang der 90-er-Jahre nach einem Brand darum gegangen sei, zu schauen, wie es mit dem Silo weitergehen soll, sei die Stadt offenbar nicht nur bereit gewesen, Mittel in das Silo zu stecken, sondern das Silo auch zu erhalten. Gegen diesen Entscheid sei von 4 Personen ein Prozess bis vor den Regierungsrat angestrengt worden. Die jeweiligen Stellungnahmen der Stadt seien damals von Stadtschreiber Daniel Steiner mit Herzblut geschrieben worden. Demgemäss sei zumindest Stadtschreiber Daniel Steiner seit zirka dem Jahre 1992 im Bilde, dass das Mühlesilo nicht wirklich allen Leuten passe. Angesichts dieser Erkenntnis dürfte sich eine verwunderte Äusserung über die Art der Kommunikation innerhalb des Gemeinderates wohl erübrigen.

Wenn die Erhaltung oder der Schutz des Mühlesilos wegen den Richtlinien der Regierungstätigkeit des Gemeinderates zu Stande käme, dann wäre dies nach ihrem Dafürhalten ein Vorgehen wider besseres Wissen, da wohl kaum argumentiert werden könne, unbelastet jeglicher Vorkenntnisse zu sein. Sollte dies trotzdem der Fall sein, müsste darauf das Parlament bzw. allenfalls die Geschäftsprüfungskommission mit weitergehenden Fragen tätig werden.

Unnötig erachte sie persönlich, telefonisch oder anderweitig mit dem Gemeinderat Kontakt aufzunehmen, um Informationen zu erhalten, deren Art und Qualität in Bezug auf den Nutzen hinterfragt werden müssten. Bezüglich des Mühlesilos schliesse sie ihr Votum mit dem Zitat: "*Kä Lust!*"

FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP): Stadträtin Anita Steiner-Thaler habe namens der EVP/glp-Fraktion den Abänderungsantrag zum Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion gestellt, wonach der Satzteil "*Das Mühlesilo kann nicht wirtschaftlich betrieben werden und ist deshalb abzureissen*" gestrichen werden soll.



Die FDP/jll/BDP-Fraktion sehe in der Formulierung keine so einengende Handlungsmöglichkeit, obwohl nicht völlig ausgeschlossen werden könne, dass Stadträtin Anita Steiner-Thaler recht mit ihrer Befürchtung habe, dass für das Silo bis Mitte 2016 - wenn der Bericht erwartet werde - möglicherweise weder eine Baubewilligung noch eine Abrissbewilligung vorliegen werde. Die FDP/jll/BDP-Fraktion möchte den zur Streichung beantragten Satzteil im Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion gerne belassen, weil die Meinung vertreten werde, dass - falls Mitte 2016 keine rechtskräftige Bewilligung vorliegen sollte - der Gemeinderat ohnehin entsprechend informieren könnte, dass er die Bewilligung noch nicht habe erwirken können, dass sie noch nicht rechtskräftig sei, oder dass irgend eine Rechtsmittelfrist noch abgewartet werden müsse.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion möchte den Satzteil beibehalten, weil damit die weitere Planung nicht wirklich beeinflusst werde und weil es der FDP/jll/BDP-Fraktion wirklich sehr wichtig sei, das Silo wegzubekomme.

Stadtrat Renato Baumgartner habe namens der SP/GL-Fraktion den Abänderungsantrag zum Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion gestellt, wonach die Abgabe im Baurecht in die Fragestellungen der Machbarkeitsstudie einbezogen werden soll. Dieser Ergänzung stehe von Seiten der FDP/jll/BDP-Fraktion absolut gar nichts im Wege. **Demgemäss laute der um diese Erweiterung ergänzte Antrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion:**

Antrag 1 in Kombination mit **Antrag 5**

Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion
(ergänzt mit der vorgeschlagenen Erweiterung der SP/GL-Fraktion)

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Vorlage entlang folgender Vorgaben zu überarbeiten:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Machbarkeit und möglichen Auswirkungen im Zusammenhang mit einer Umnutzung des Areals zu untersuchen und die Ergebnisse in einem Bericht darzustellen. Die Fragestellungen erstrecken sich dabei insbesondere auf die Aspekte Verkauf der Immobilien, Abgabe im Baurecht, Vermietung der Räumlichkeiten, Auflösung der Stiftung und ggf. Überführung der Alten Mühle ins Finanzvermögen der Stadt Langenthal. Gegenstand des Planungsperrimeters ist das gesamte Mühle-Areal. Das Mühlesilo kann nicht wirtschaftlich betrieben werden und ist deshalb abzureissen. Die entsprechenden Bewilligungen sind einzuholen.
2. Der Gemeinderat untersucht die präsentierte Syntheseidee unter Beachtung der Rahmenbedingungen gemäss Ziff. 1 bei Bedarf weiter. Der Abklärungsbericht soll die betrieblichen, baulichen, planerischen, rechtlichen und finanziellen Eckwerte darstellen und deren Auswirkungen bewerten. Der Gemeinderat kann externe Fachpersonen beiziehen. Der Prozess hat sich auf die sachlichen Aspekte zu beschränken, eine politische Einflussnahme (so beispielsweise eine Mitwirkung) findet in diesem Stadium nicht statt.
3. Der Gemeinderat unterbreitet die Abklärungsergebnisse gemäss Ziff. 1 und 2 vorstehend dem Stadtrat bis Mitte 2016 für den weiteren politischen Prozess.

Markus Gfeller (FDP): Persönlich erachte er die vom Stadtpräsidenten gebrachte Idee, die Alte Mühle als Übergangslösung für den Theaterbetrieb zu nutzen, als sehr gut, weil er der Ansicht sei, dass es nichts Schlechteres für das Gebäude gebe, als es nicht zu nutzen. Wenn also die Möglichkeit bestehe, die Alte Mühle für die Übergangssaison des Theaters zu nutzen, stimme er dieser Idee prima Vista zu.

Die EVP/glp-Fraktion sei der Meinung, dass möglicherweise bei einem Verkauf die Auflage gemacht werden können sollte, dass beispielsweise die Gartenoper trotzdem noch in der Alten Mühle aufgeführt werde. Mit der Idee, etwas zu verkaufen aber trotzdem mitreden zu wollen, habe er persönlich Schwierigkeiten.

Was die Gratisnutzung betreffe, so müsse der Gemeinderat seiner Meinung nach kurzfristig über deren Sinn entscheiden, obschon ein entsprechender parlamentarischer Vorstoss dazu vorliege. Wenn festgestellt werde, dass dafür massive und unverhältnismässige grosse Kosten ausgelöst werden, ohne genutzt zu werden, dann müsse auf den Gratisnutzungsentscheid zurückgekommen werden.

Persönlich gehe er davon aus, dass der Stadt heute anfallende Kosten, die sie vertraglich eigentlich nicht übernehmen müsste, da diese von der Stiftung zu tragen wären, die sie aber nicht tragen könne, trotzdem formell auf die Stiftung als Darlehen zu Gunsten der Stadt überwält werden. Im Hinblick auf eine mögliche Auflösung der Stiftung könnte dieses Vorgehen ein Vorteil sein. Zudem müsse die Stadt Interesse daran haben, von ihr geschicktes Geld wieder zurückzuerhalten.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP): Stadtrat Markus Gfeller lehne die von der EVP/glp-Fraktion beantragte Streichung des Satzes: *"Das Mühlesilo kann nicht wirtschaftlich betrieben werden und ist deshalb abzureissen"* namens der FDP/jll/BDP-Fraktion ab. Diese Haltung löse die Frage aus, was denn passieren soll, wenn es in zirka anderthalb Jahren hiesse, dass die Bewilligungen noch nicht eingeholt werden konnte und wenn in der nächsten Legislaturperiode plötzlich der Entscheid vorliegen würde, dass das Silo nicht abgebrochen werden könne. Weil damit eine völlig neue Ausgangslage geschaffen würde, sei es korrekt, das Silo auszugrenzen.

SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVOP): Dass sich die anderen Fraktionen hinter den Antrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion stellen, sei erfreulich. Ein Novum dürfte es sein, dass Abänderungsanträge zu Änderungsanträgen anderer Fraktion gestellt werden, was aber in Anbetracht der Besonderheit des Geschäfts auch ein besonderes Vorgehen begründe.

Stadträtin Anita Steiner-Thaler weise er darauf hin, dass wie die FDP/jll/BDP-Fraktion auch die SVP-Fraktion an der Formulierung des Antrags der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion festhalte. Diesen Punkt gelte es von der praktischen Seite her zu betrachten: Das Ziel bestehe darin, das ganze Areal verkaufsfähig zu machen. Es wäre wohl illusorisch anzunehmen, dass das Areal verkaufsfähig sei, solange die Frage des Mühlesilos nicht geklärt werde. Kein Investor wäre wohl bereit, in einer solch rechtlich unklaren Situation einen Kauf zu tätigen.

Die Anregung der SP/GL-Fraktion, die Erwähnung des Baurechts, werde auch von der SVP-Fraktion unterstützt, so dass die Ergänzung - wie Stadtrat Markus Gfeller bereits ausgeführt habe - in die Formulierung des Rückweisungsantrages der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion integriert werde. Die SVP-Fraktion gehe natürlich davon aus, dass die SP/GL-Fraktion ihren zu Beginn des Traktandums eingereichten eigenen Rückweisungsantrag zu Gunsten des Rückweisungsantrages der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion zurückziehe.

Peter Moser (FDP): Aus der Haltung des Gemeinderates glaube er die Sorge herauszuspüren, dass wenn das Silo wegfallen würde, sich die Syntheseidee mangels Raumangebot nicht durchziehen lassen würde. Wenn das Silo aber weg wäre, liesse sich seiner Meinung nach damit ein zielgerichteter und genau den Bedürfnissen der vier Institutionen entsprechender Neubau errichten. Im Übrigen werde die Idee, den Stadttheaterbetrieb provisorisch in der Alten Mühle unterzubringen, von ihm mit Vehemenz unterstützt.

Beatrice Greber (SP): Ein früher gefällter Volksabstimmungsbeschluss könne nicht einfach über den Haufen gerührt werden. Demgemäss bedürfe es doch gewisse einer Volksabstimmung, mit welcher der Entscheid einer früheren Volksabstimmung ersetzt werden könnte? Ausserdem bitte sie um die Beantwortung der Frage, ob ein Verkauf des Mühle-Areals nicht ohnehin einen vorgängigen Volksentscheid brauchen würde?

Roland Loser (SP): Stadtrat Pascal Dietrich habe ein pulsierendes Langenthal erwähnt, was er persönlich nicht ganz so erlebe, weshalb er mit dem Vorschlag des Gemeinderates nicht ganz so glücklich sei, eher ruhige Sachen auf dem Areal vorzusehen. Die Beizen- und Lokalszene in Langenthal verändere sich immer wieder durch Schliessungen (beispielsweise die Traube) oder wegen Auflagen, die gewissen Kulturzentren (beispielsweise LaKUZ) gemacht werden, so dass diesen der Betrieb quasi verunmöglicht werde. Ihm persönlich wäre es recht, wenn auf dem Areal etwas angesiedelt würde, was dem Nachtleben Rechnung tragen würde.

Persönlich schade finde er auch, dass auf der Denkmalpflege und anderen entsprechenden Institutionen herumgehackt werde. Langenthal wäre wahrscheinlich oft froh, wenn früher bei gewissen Gebäuden (Beispiele: Tell, Löwen, Kreuz) etwas genauer hingeschaut worden wäre, anstatt einfach alles wegen mangelnder Rendite platt gemacht zu haben.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

Auch er könne sich mit dem Gedanken anfreunden, den Stadttheaterbetrieb in der Übergangssaison in die Alte Mühle zu verfrachten. Auf eine Gratisnutzung könne er persönlich gut verzichten, da er der Ansicht sei, dass den Vereinen gegen ein gewisses Entgelt oder eine Konsumationspflicht solche Räume zur Verfügung stehen.

Grundsätzlich sei er zudem der Meinung, dass das ganze Verfahren geöffnet werden soll, so dass auch über einen allfälligen Verkauf nachgedacht werden könne. Nicht richtig dagegen finde er jedoch die Forderung, dass das Silo jetzt einfach abgebrochen werden soll.

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Namens des Gemeinderates bedanke er sich für sachliche Diskussion, wenngleich mit Ausnahme der Verkaufsoption, grundsätzlich keine neuen Nutzungsideen eingebracht worden seien.

Den Sprecher der Finanzkommission, Stadtrat Markus Gfeller, welcher gesagt habe, dass von der Finanzkommission verlangt werde, dass der Planungssperimeter auch auf das Bauernhaus auszuweiten sei, verweise er auf die Formulierung im Unterantrag 4b des Protokolls der Finanzkommission vom 16. Juni 2015: *"Der Planungssperimeter sei noch weiter auszudehnen auf das Gebäude «Bauernhaus» (umfassend somit «Alte Mühle», «Mühlesilo», «Bauernhaus»).* **Dieser Antrag wird abgelehnt mit einer Zustimmung und 5 Gegenstimmen (1 Mitglied ist abwesend)".** Der Gemeinderat sei selbstverständlich davon ausgegangen, dass eine zukünftige Planung eine Wirkung auf das Gesamtareal haben werde, ohne jedoch den Fächer aus pragmatischen Gründen so weit geöffnet zu haben.

Die Abgabe einer Stellungnahme zu sämtlichen heute gehörten Voten und Anträge im Namen des Gesamtgemeinderates sei nicht möglich, weil der Gemeinderat die Anträge nicht vorher gekannt habe. Trotzdem werde er einige Punkte thematisieren:

- **Abbruch Mühlesilo:** Als Ressortvorsteher des Bau- und Planungswesen sei er relativ viel mit Fragen im Baurecht konfrontiert. Auch von Privaten werden oft Anfragen gestellt, die mit einem ähnlichen Anliegen auch damit argumentieren, dass etwas nicht wirtschaftlich oder nicht schön sei und deshalb abgerissen werden soll. Bis anhin sei der Gemeinderat davon ausgegangen, dass die im Jahre 1995 erlassenen ISOS-Vorschriften des Bundes vermutlich behördenverbindlich seien. Normalerweise habe sich auch ein privater Bauherr an die Vorschriften eines Erlasses zu halten, insofern er keine Einsprache dagegen geltend gemacht habe. Dementsprechend sei wohl auch die Kartierung der Mühle durch den Bund nicht einfach so erfolgt, ohne die Eigentümer entsprechend informiert oder das Vorhaben publiziert zu haben.

Wer konkret wissen wolle, ob das Silo abgerissen werden könne oder nicht, müsse den Weg via ein Abrissgesuch beschreiten, wobei natürlich mit der Option gerechnet werden müsse, dass allfällige Beschwerden letztendlich bis nach Lausanne führen und dort abgelehnt werden könnten. Er persönlich bezweifle, dass die Begründung, etwas nicht wirtschaftlich betreiben zu können, für ein solches Verfahren ausreichend sei. Aus diesem Grund sei auf diese Thematik nicht näher eingetreten worden.

Stadtrat Pascal Dietrich habe sich dahingehend geäußert, über das Vorgehen des Gemeinderates erstaunt zu sein. Dazu halte er fest, dass es erstens um eine Synthesefrage gehe, im Zuge derer mit Partnern (Vertretern der Musikschule, des Museums) Gespräche geführt worden seien, um von diesen zu erfahren, ob sie grundsätzlich mitmachen wollen oder nicht. Die Fragen seien mit Ja beantwortet worden. Der Gemeinderat habe nicht die Botschaft verkündet, dass eine räumlich andere Lösung so viel heissen könnte, dass eine Zusammenarbeit somit nicht mehr möglich wäre.

- **Volksabstimmungen:** Im Moment gehöre das Areal eigentumsrechtlich der Stiftung. Eine Volksabstimmung müsste nur in dem Fall durchgeführt werden, wenn dies kompetenzrechtlich vorgeschrieben wäre. Diese Frage lasse sich im jetzigen Zeitpunkt nicht mit aller Deutlichkeit beantworten.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

- Ersatzbau: Im Baugesetz Art. 10ff stehe, dass erhaltenswerte Objekte nach Baugesetz unter der Voraussetzung abgebrochen werden können, dass ein qualitativ ebenbürtiger Ersatzbau erstellt werde. Da nun möglichst schon morgen ein Abbruchgesuch gestellt werden soll, stelle sich schon die konkrete Frage, ob oder welcher Art der Ersatzbau sein soll. Diese komplexe Fragestellung setze die Durchführung eines qualitativen Verfahrens voraus, um überhaupt ein Abrissgesuch stellen zu können. Der einfache Abriss des Silos um die grüne Lunge Langenthals zu erweitern, möge eine Idee sein, wenn auch kaum eine genehmigungsfähige.

An seiner ersten Sitzung als Parlamentarier im Grossen Gemeinderat im Schulhaus Kreuzfeld sei über den Abriss des Silos debattiert worden. Das damalige Parlament habe den Abbruch des Mühlesilos abgelehnt. Es habe somit bereits diverse Entscheidungen gegeben, die die weitere Aufbereitung der Thematik nicht unbedingt vereinfachen. Mit Unwirtschaftlichkeit oder mangelnder Ästhetik zu argumentieren, werde aufgrund des hohen Schutzstandards (ISOS) kaum erfolgsversprechend sein.

Da die Rückweisung vom Parlament heute beschlossen werde, plädiere er dafür, dem Gemeinderat mitzuteilen, was in der Zwischenzeit passieren soll, oder wie der angeschlagene Stiftungsrat handeln soll, oder ob die Systematik mindestens soweit am Leben erhalten werden soll, dass die von allen befürwortete Idee zur Unterbringung des Theater in der Übergangssaison 2016/2017 überhaupt noch möglich sein werde, was im Übrigen mit dem Stiftungsrat noch verhandelt werden müsse.

Wichtig wäre im anstehenden Entscheidungsfindungsprozess, innert nützlicher Frist, Lösungen zu finden. Den Abbruch der Mühle als zwingende Aufgabe in die Lösungsfindung mit einzubeziehen, werde seiner Ansicht nach einen langen Prozess zur Folge haben, der das ganze Projekt behindern werde, solange keine Gewissheit herrsche, ob die Bewilligung zum Abbruch erteilt werde oder nicht. Eine Studie zum Mühlesilo liege bereits vor. Architekturbüros seien mit einer Beurteilung beauftragt worden. Deren Beurteilung laute "lösbar".

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP) ordnet eine Sitzungsunterbrechung an, um den Fraktionspräsidien die Möglichkeit zu geben, sich im Anschluss an ihre fraktionsinternen Beratungen kurz mit dem Büro des Stadtrates über das weitere Vorgehen betreffend die Behandlung der verschiedenen Rückweisungsanträge absprechen zu können.

(Unterbruch: 21.01 – 21.19 Uhr)

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP): Nach Absprache mit den Fraktionspräsidien werde über alle eingereichten Anträge abgestimmt.

Über den Rückweisungsantrag der EVP/glp-Fraktion **Antrag 1** werde in der Formulierung abgestimmt, wie sie eingereicht worden sei. Auch über den Antrag der SP/GL-Fraktion **Antrag 3** werde in der ursprünglich beantragten Formulierung abgestimmt.

Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion **Antrag 2** werde zuerst gegen den Antrag der EVP/glp-Fraktion **Antrag 4** ausgemittelt, weil der **Antrag 4** ein Abänderungsantrag zum **Antrag 2** sei.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP) bittet um Abgabe der Stimme zum **Antrag 1**:

Rückweisungsantrag der EVP/glp-Fraktion

Antrag 1

Rückweisung des Geschäfts mit folgender Vorgabe an den Gemeinderat:

Vorbereitung des Verkaufs des gesamten Mühle-Areals unter grösstmöglicher Berücksichtigung des Ortsbildschutzes und Steigerung der Attraktivität des Areals.

Ja Stimmen: 11

Nein Stimmen: 21 abgelehnt

Enthaltungen: 6

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP) bittet um Abgabe der Stimme zum **Antrag 3**:

Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion

Antrag 3

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Vorlage entlang folgender Vorgaben zu überarbeiten:

Die öffentliche Nutzung in der alten Mühle soll in einem noch zu definierenden Rahmen beibehalten werden - unter der Berücksichtigung neuer (zu entwickelnden) Misch-Nutzungskonzepte, welche auch Privaten (weitere) Mietflächen (Wohn- oder Gewerbezone) in den Räumlichkeiten der "Alten Mühle" (inkl. Silo und Hof) einräumt. Der Gemeinderat wird angewiesen, den Projektauftrag dementsprechend umzuformulieren.

Ja Stimmen: 9

Nein Stimmen: 25 abgelehnt

Enthaltungen: 4

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP) bevor sie um die Abgabe der Stimme zum **Antrag 2** bitte, erteile sie Stadtrat Markus Gfeller sowie Stadträtin Anita Steiner-Thaler kurz das Wort:

SVP-Fraktion und FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP): Die SVP-Fraktion habe sich mit der FDP/jll/BDP-Fraktion darauf geeinigt, den gemeinsam eingereichten Rückweisungsantrag in Ziffer 1 in folgender **überarbeiteter Formulierung** zur Abstimmung zu bringen. Die nachträglich beantragte Streichung des letzten Satzes in Ziffer 1 erfolge deshalb, um einen möglichen Konflikt mit der Formulierung in Ziffer 3 des beantragten Rückweisungsantrage zu vermeiden.

Antrag 2

Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion (Antrag mit überarbeiteter Formulierung der Ziffer 1)

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Vorlage entlang folgender Vorgaben zu überarbeiten:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Machbarkeit und möglichen Auswirkungen im Zusammenhang mit einer Umnutzung des Areals zu untersuchen und die Ergebnisse in einem Bericht darzustellen. Die Fragestellungen erstrecken sich dabei insbesondere auf die Aspekte Verkauf der Immobilien, **Abgabe im Baurecht**, Vermietung der Räumlichkeiten, Auflösung der Stiftung und ggf. Überführung der Alten Mühle ins Finanzvermögen der Stadt Langenthal. Gegenstand des Planungsperimeters ist das gesamte Mühle-Areal. Das Mühlesilo kann nicht wirtschaftlich betrieben werden und ist deshalb abzureissen. **Die entsprechenden Bewilligungen sind einzuholen.**
2. Der Gemeinderat untersucht die präsentierte Syntheseidee unter Beachtung der Rahmenbedingungen gemäss Ziff. 1 bei Bedarf weiter. Der Abklärungsbericht soll die betrieblichen, baulichen, planerischen, rechtlichen und finanziellen Eckwerte darstellen und deren Auswirkungen bewerten. Der Gemeinderat kann externe Fachpersonen beiziehen. Der Prozess hat sich auf die sachlichen Aspekte zu beschränken, eine politische Einflussnahme (so beispielsweise eine Mitwirkung) findet in diesem Stadium nicht statt.
3. Der Gemeinderat unterbreitet die Abklärungsergebnisse gemäss Ziff. 1 und 2 vorstehend dem Stadtrat bis Mitte 2016 für den weiteren politischen Prozess.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP): Die EVP/glp-Fraktion habe den Abänderungsvorschlag der SVP-Fraktion und FDP/jll/BDP-Fraktion zur Kenntnis genommen und **beantrage ihrerseits die folgende Textkorrektur, um schriftlich zu verankern, dass Rücksicht auf den Ortsbildschutz zu nehmen sei:**

Gegenvorschlag der EVP/glp-Fraktion zum Beschlusspunkt 1 des **überarbeiteten Rückweisungsantrages** der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Vorlage entlang folgender Vorgaben zu überarbeiten:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Machbarkeit und möglichen Auswirkungen im Zusammenhang mit einer Umnutzung des Areals zu untersuchen und die Ergebnisse in einem Bericht darzustellen. Die Fragestellungen erstrecken sich dabei insbesondere auf die Aspekte Verkauf der Immobilien, Abgabe im Baurecht, Vermietung der Räumlichkeiten, Auflösung der Stiftung und ggf. Überführung der Alten Mühle ins Finanzvermögen der Stadt Langenthal. Gegenstand des Planungserimeters ist das gesamte Mühle-Areal. Das Mühlesilo kann nicht wirtschaftlich betrieben werden und ist deshalb abzureissen. **Der Ortsbildschutz soll grösstmöglichst berücksichtigt werden.**
2. Der Gemeinderat untersucht die präsentierte Syntheseidee unter Beachtung der Rahmenbedingungen gemäss Ziff. 1 bei Bedarf weiter. Der Abklärungsbericht soll die betrieblichen, baulichen, planerischen, rechtlichen und finanziellen Eckwerte darstellen und deren Auswirkungen bewerten. Der Gemeinderat kann externe Fachpersonen beiziehen. Der Prozess hat sich auf die sachlichen Aspekte zu beschränken, eine politische Einflussnahme (so beispielsweise eine Mitwirkung) findet in diesem Stadium nicht statt.
3. Der Gemeinderat unterbreitet die Abklärungsergebnisse gemäss Ziff. 1 und 2 vorstehend dem Stadtrat bis Mitte 2016 für den weiteren politischen Prozess.

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP): Der überarbeitete **Antrag 2** der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion werde nun dem Antrag der EVP/glp-Fraktion betreffend die Änderung des Rückweisungsantrages gegenübergestellt. Sie bittet um Abgabe der Stimmen:

Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion

Gegenvorschlag der EVP/glp-Fraktion zum Beschlusspunkt 1 des **überarbeiteten Rückweisungsantrages** der SVP-Fraktion und der FDP/jll/BDP-Fraktion

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Vorlage entlang folgender Vorgaben zu überarbeiten:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Machbarkeit und möglichen Auswirkungen im Zusammenhang mit einer Umnutzung des Areals zu untersuchen und die Ergebnisse in einem Bericht darzustellen. Die Fragestellungen erstrecken sich dabei insbesondere auf die Aspekte Verkauf der Immobilien, **die Abgabe im Baurecht**, Vermietung der Räumlichkeiten, Auflösung der Stiftung und ggf. Überführung der Alten Mühle ins Finanzvermögen der Stadt Langenthal. Gegenstand des Planungserimeters ist das gesamte Mühle-Areal. Das Mühlesilo kann nicht wirtschaftlich betrieben werden und ist deshalb abzureissen. **Die entsprechenden Bewilligungen sind einzuholen.**
2. Der Gemeinderat untersucht die präsentierte Syntheseidee unter Beachtung der Rahmenbedingungen gemäss Ziff. 1 bei Bedarf weiter. Der Abklärungsbericht soll die betrieblichen, baulichen, planerischen, rechtlichen und finanziellen Eckwerte darstellen und deren Auswirkungen bewerten. Der Gemeinderat kann externe Fachpersonen beiziehen. Der Prozess hat sich auf die sachlichen Aspekte zu beschränken, eine politische Einflussnahme (so beispielsweise eine Mitwirkung) findet in diesem Stadium nicht statt.
3. Der Gemeinderat unterbreitet die Abklärungsergebnisse gemäss Ziff. 1 und 2 vorstehend dem Stadtrat bis Mitte 2016 für den weiteren politischen Prozess.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Vorlage entlang folgender Vorgaben zu überarbeiten:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Machbarkeit und möglichen Auswirkungen im Zusammenhang mit einer Umnutzung des Areals zu untersuchen und die Ergebnisse in einem Bericht darzustellen. Die Fragestellungen erstrecken sich dabei insbesondere auf die Aspekte Verkauf der Immobilien, Abgabe im Baurecht, Vermietung der Räumlichkeiten, Auflösung der Stiftung und ggf. Überführung der Alten Mühle ins Finanzvermögen der Stadt Langenthal. Gegenstand des Planungserimeters ist das gesamte Mühle-Areal. Das Mühlesilo kann nicht wirtschaftlich betrieben werden und ist deshalb abzureissen. **Der Ortsbildschutz soll grösstmöglichst berücksichtigt werden.**
2. Der Gemeinderat untersucht die präsentierte Syntheseidee unter Beachtung der Rahmenbedingungen gemäss Ziff. 1 bei Bedarf weiter. Der Abklärungsbericht soll die betrieblichen, baulichen, planerischen, rechtlichen und finanziellen Eckwerte darstellen und deren Auswirkungen bewerten. Der Gemeinderat kann externe Fachpersonen beiziehen. Der Prozess hat sich auf die sachlichen Aspekte zu beschränken, eine politische Einflussnahme (so beispielsweise eine Mitwirkung) findet in diesem Stadium nicht statt.
3. Der Gemeinderat unterbreitet die Abklärungsergebnisse gemäss Ziff. 1 und 2 vorstehend dem Stadtrat bis Mitte 2016 für den weiteren politischen Prozess.

obsigend

27 Stimmen

6 Stimmen

abgelehnt

Enthaltungen:

5 Stimmen

Antrag 2



III Abstimmung:

D Ende der Detailberatung und gegebenenfalls Schlussabstimmung

Der Stadtrat beschliesst mit 30 Stimmen Ja gegen 6 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen) die Rückweisung des Geschäftes an den Gemeinderat mit der Aufforderung, die Vorlage entlang folgender Vorgaben zu überarbeiten:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Machbarkeit und möglichen Auswirkungen im Zusammenhang mit einer Umnutzung des Areals zu untersuchen und die Ergebnisse in einem Bericht darzustellen. Die Fragestellungen erstrecken sich dabei insbesondere auf die Aspekte Verkauf der Immobilien, Abgabe im Baurecht, Vermietung der Räumlichkeiten, Auflösung der Stiftung und ggf. Überführung der Alten Mühle ins Finanzvermögen der Stadt Langenthal. Gegenstand des Planungspimeters ist das gesamte Mühle-Areal. Das Mühlesilo kann nicht wirtschaftlich betrieben werden und ist deshalb abzureissen.
2. Der Gemeinderat untersucht die präsentierte Syntheseidee unter Beachtung der Rahmenbedingungen gemäss Ziff. 1 bei Bedarf weiter. Der Abklärungsbericht soll die betrieblichen, baulichen, planerischen, rechtlichen und finanziellen Eckwerte darstellen und deren Auswirkungen bewerten. Der Gemeinderat kann externe Fachpersonen beiziehen. Der Prozess hat sich auf die sachlichen Aspekte zu beschränken, eine politische Einflussnahme (so beispielsweise eine Mitwirkung) findet in diesem Stadium nicht statt.
3. Der Gemeinderat unterbreitet die Abklärungsergebnisse gemäss Ziff. 1 und 2 vorstehend dem Stadtrat bis Mitte 2016 für den weiteren politischen Prozess.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



4. Feuerwehr: Ersatzbeschaffung Tanklöschfahrzeug, Genehmigung; Investitionskredit, Bewilligung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Rolf Baer (FDP): Der Gemeinderat beantrage dem Stadtrat, den Ersatz des Pionierfahrzeuges der Feuerwehr Langenthal zu genehmigen und dafür einen Investitionskredit von Fr. 650'000.00 zu bewilligen. Im Investitionsplan der Feuerwehr sei die beantragte Anschaffung für das Jahr 2015 aufgeführt bzw. vorgesehen. Die Ersatzbeschaffung sei spezialfinanziert und belaste den Steuerhaushalt nicht.

Das beantragte Fahrzeug werde vorwiegend bei Bränden, zum Wassertransport, bei Unfällen, bei Ereignissen auf Bahnanlagen, bei Chemiewehreignissen und zum Materialtransport eingesetzt. Es gehe darum, einen gleichwertigen Ersatz, der den heutigen Anforderungen an das Fahrzeug punkto Einrichtung, Sicherheit, Treibstoffverbrauch und Schadstoffausstoss genügen müsse, zu beschaffen. Das neue Fahrzeug sei unter anderem so ausgerüstet, dass sich die Angehörigen der Feuerwehr (AdF) bereits während der Fahrt mit Atemschutzgeräten ausrüsten und dadurch am Schadenplatz schneller agieren können. Neue Pumpen ermöglichen eine verbesserte Löscheffizienz mit geringerem Wasserbedarf. Die Bedienung der Pumpen sei vereinfacht und von der Kabine aus steuerbar. Der Druckaufbau werde mit Hilfe so genannter "Soft-Öffnung" ebenfalls verbessert, um Unfälle zu vermeiden.

Das aktuell im Einsatz befindliche Fahrzeug sei im Jahre 1989 angeschafft worden. Das 26 Jahre alte Fahrzeug erfülle die Einsatzanforderungen nicht mehr. Die Reparaturanfälligkeit habe massiv zugenommen. Auch bei diesem Grossfahrzeug sei die Anschaffung eines gasbetriebenen Tanklöschfahrzeugs (TLF) geprüft worden. In der gewünschten Kategorie seien aber noch keine Gasfahrzeuge ab Werk mit der geforderten Leistung lieferbar.

Wie in den Regierungsrichtlinien aufgeführt, werde mit der Ersatzbeschaffung die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr sichergestellt und optimiert, wobei selbstverständlich die Vorgaben der Gebäudeversicherung einzuhalten seien.

Das neue Fahrzeug soll im Sommer 2016 in Betrieb genommen werden können. Im Herbst des gleichen Jahres sei ein Tag der offenen Tür geplant, um das beantragte TLF und das bereits bewilligte Pionierfahrzeug der Bevölkerung vorzustellen und offiziell einzuweihen zu können.

Von der Finanzkommission, der Kommission für öffentliche Sicherheit und vom Gemeinderat sei der vorliegende Antrag einstimmig unterstützt worden.

Ergänzende Orientierung zur Alimentierung der Spezialfinanzierung: An einer der kommenden Stadtratsitzungen werde der Gemeinderat mit einer kleineren Änderung des Feuerwehr-Reglements die Neuregelung der Ersatzabgabe beantragen. Unter anderem werde eine angemessene Reduktion angestrebt, womit sich die Rückstellungen in der Spezialfinanzierung etwas senken lassen.

SVP-Fraktion, Ralph Burlon (SVP): Das Tanklöschfahrzeug habe die zu erwartende Lebensdauer von 25 Jahren erreicht und entspreche unter anderem den technischen Anforderungen nicht mehr, die von der Gebäudeversicherung (GVB) verlangt werden. Die GVB sei die oberste Instanz der Feuerwehren.

Die Reparaturanfälligkeit am Fahrzeug nehme zu. Im Jahr 2014 habe am Fahrzeug eine Pumpe wegen Korrosionsschäden ersetzt werden müssen. Auch die Ersatzteilbeschaffung gestalte sich zunehmend schwieriger.

Das neue Fahrzeug, dessen Grösse ebenfalls von der GVB vorgegeben werde, weil Langenthal ein A-Stützpunkt sei, soll zweckmässig und nicht mit Luxus- oder teuren Zusatzelementen ausgerüstet sein.

Die SVP-Fraktion stimme der guten Investition in die Feuerwehr einstimmig zu.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

SP/GL-Fraktion, Therese Grädel-Fankhauser (SP): Die SP/GL-Fraktion unterstütze das Geschäft ganz klar, weil die Stützpunktfeuerwehr eine gute Ausrüstung brauche, die den geforderten Anforderungen auch entspreche. Besonders erfreulich werde von der SP/GL-Fraktion erachtet, dass der Zuschlag einer Firma zu teil werde, die im Kanton Bern ansässig sei.

FDP/jll/BDP-Fraktion, Lukas Bissegger (jll): Die FDP/jll/BDP-Fraktion stimme dem Geschäfts einstimmig zu.

EVP/glp-Fraktion, Rahel Lanz (EVP): Dem Bericht des Amtes für öffentliche Sicherheit sowie den Ausführungen von Gemeinderat Rolf Baer könne klar entnommen werden, dass es an der Zeit sei, ein neues TLF anzuschaffen, damit die Feuerwehr mit zeitgemässen und gut ausgerüsteten Fahrzeugen in den Einsatz fahren können. Die EVP/glp-Fraktion stimme dem Geschäft zu.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Die Ersatzbeschaffung für das Tanklöschfahrzeug Mercedes BE 2462 der Feuerwehr Langenthal wird genehmigt.**
- 2. Der erforderliche Kredit von Fr. 650'000.00 wird zu Lasten der Spezialfinanzierung Feuerwehr, Investitionsrechnung Konto Nr. 440.506.14 "Ersatz TLFM" bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



5. Postulat Rickli Karin und Wüthrich Matthias (beide GL) und Mitunterzeichnende vom 4. Mai 2015: Schutz der Bevölkerung vor dem drohenden Verkehrskollaps in Langenthal; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP): Der Gemeinderat erachte es als eine Grundaufgabe, die Bevölkerung grundsätzlich bestens vor verkehrlichen Immissionen und Störungen etc. zu schützen. Der Gemeinderat bediene sich dabei entsprechender Planungen (Verkehrsrichtplan und Planungen im Zusammenhang mit dem Agglomerationsprogramm mit verschiedenen Verkehrslenkungsmassnahmen) um auf den generellen Verkehrszuwachs reagieren zu können.

Die im Vorstoss verwendeten Zahlen seien aus einem Organigramm herauskopiert worden. Der Gemeinderat sei mit der gezogenen Schlussfolgerung der Postulanten: "... Die Variante 0+ ist der einzige Weg, welcher für alle eine tragbare Lösung ist." alles andere als einverstanden. Langenthal stehe unmittelbar vor einem Mitwirkungsverfahren in einem vom Kanton durchgeführten Verfahren. Langenthal werde sich selbstverständlich daran beteiligen. Die Meinung, dass nur die Variante 0+ problemlos sei, werde vom Gemeinderat nicht geteilt. Aus einer entsprechenden Tabelle sei ablesbar, dass die Variante 0+ in gewissen Strassenzügen in Langenthal bis ins Jahr 2030 für deutlich mehr Verkehr sorgen würde, als dies mit einer Umfahrungslösung der Fall wäre. Wichtig sei auch, welche Verkehrslenkungsmassnahmen der Kanton für seine Strassen vorschlage, um beispielsweise im Stadtzentrum mit sogenannten Widerstandserhöhungen Einfluss nehmen zu können.

Weil der Gemeinderat den Schutz der Bevölkerung letztendlich als eine zentrale Aufgabe erachte, die nach gesetzlichen Bestimmungen umzusetzen sei, komme er trotzdem zum Schluss, dass das vorliegende Postulat erheblich zu erklären sei.

Postulantin Karin Rickli (GL): Dass der Schutz der Bevölkerung vor dem drohenden Verkehrskollaps zum Grundauftrag gehöre, sei erfreulich und lasse hoffen, dass das postulierte Anliegen, ernst genommen werde. Der Verkehrsumfang werde sich mit der Umfahrungsstrasse erhöhen. Diese Erkenntnis stamme nicht aus irgendeinem Organigramm, sondern aus der Präsentation von Barbara Egger-Jenzer, Regierungsrätin.

Obschon es als gut befunden werde, dass alle erarbeiteten Richtpläne berücksichtigt werden, wäre es wünschenswert, ein deutlicheres Signal in Bezug auf eine klare Richtung vom Gemeinderat zu erhalten.

SVP-Fraktion, Michael Schenk (SVP): Die SVP-Fraktion lehne das Postulat aus folgenden Überlegungen einstimmig ab:

- Im Postulat sei eine politische Parole versteckt, weil zur Variante 0+ - die sich nur auf die Bützbergstrasse beziehe – somit bereits Stellung bezogen werde.
- Die Stadt Langenthal sei bereits bemüht, die Bürger vor dem Verkehr zu schützen, indem am Verkehrsrichtplan und am Agglomerationsprogramm mitgearbeitet werde.

FDP/jll/BDP-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Der FDP/jll/BDP-Fraktion sei der Schutz der Bevölkerung ebenso wichtig, wie den Postulanten. Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei davon überzeugt, dass der Gemeinderat das Thema mit der nötigen Sensibilität behandle.

Weil das Postulat suggeriere, dass nur die Variante 0+ der einzig richtige Weg sein könne, wolle, könne und werde die FDP/jll/BDP-Fraktion das Postulat aber nicht unterstützen.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

EVP/glp-Fraktion, Christoph Stäger (glp): Von der EVP/glp-Fraktion werde das Postulat einstimmig unterstützt. Allen sei bekannt, dass die Verkehrssituation in Langenthal bereits heute sehr schwierig sei. Auch ohne die Studie des Oberingenieurkreises 4 sei wohl allen klar, dass mit der Umfahrungsstrasse Aarwangen massive Verkehrsprobleme auf die Stadt Langenthal zukommen werden. Eine frühzeitige Auseinandersetzung mit diesen Szenarien und die Ausarbeitung geeigneter Massnahmen sei sinnvoll und notwendig. Die EVP/glp-Fraktion äussere sich aber explizit weder zur Variante 0+ noch zur Variante Umfahrung Aarwangen.

Selbstverständlich gelte es auch die aktuellen Probleme anzugehen. Die EVP/glp-Fraktion unterstütze auch laufende Projekte zur Entlastung des Stadtzentrums, zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs (Beispiele: Sanierung Knoten Waldhofstrasse/St. Urbanstrasse; Optimierung Ammann-Kreisel).

Zwischen den Mobilitätsansprüchen der heutigen Gesellschaft und dem notwendigen Schutz der betroffenen Bevölkerung gelte es ein Gleichgewicht zu finden, was beim historisch bedingt, komplizierten Strassennetz der Stadt Langenthal keine leichte Aufgabe sei.

SP/GL-Fraktion, Karin Rickli (GL): Die SP/GL-Fraktion stimme dem Postulat einstimmig zu und sei froh darüber, dass das Anliegen vom Gemeinderat ernst genommen werde.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 16 Stimmen Ja gegen 21 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

- 1. Postulat Rickli Karin und Wüthrich Matthias (beide GL) und Mitunterzeichnende vom 4. Mai 2015:** Schutz der Bevölkerung vor dem drohenden Verkehrskollaps in Langenthal **wird nicht erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. Interpellation Rickli Karin (GL) und Dietrich Pascal (JL) vom 4. Mai 2015 betreffend Sofortmassnahmen zum Schutz der Wässermatten; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Interpellant Pascal Dietrich (JL): Wer geglaubt habe, dass die Wässermatten eine geschützte Landschaft von nationaler Bedeutung seien, habe sich getäuscht. Die Wässermatten haben den Oberaargau und vor allem die Stadt Langenthal als Hauptort des Oberaargaus historisch geprägt. Wasser und damit auch die Wässermatten seien das die Geschichte der Stadt Langenthal prägende Symbol.

In der heutigen Zeit seien die Wässermatten das Naherholungsgebiet für die Bevölkerung der Zentrumsstadt Langenthal. Dies einerseits darum, weil sie nicht überbaut werden können und weil sie andererseits landwirtschaftlich nicht intensiv genutzt werden.

Die Situation betreffend die nicht intensive landwirtschaftliche Nutzung habe sich aufgrund des bekannten Vorfalls im letzten Frühling/Sommer für einen Teil der Wässermatten aber geändert. Der neu mit Mais bepflanzte Wässermatten-Teil grenze direkt an das Gebiet der Stadt Langenthal.

Die Beantwortung des Gemeinderates auf die in der Interpellation gestellten Fragen, erachte er sowie seine Mitinterpellantin nicht nur als unbefriedigend, sondern sogar als enttäuschend. Es sei natürlich einfach zu sagen, auf den Kanton warten zu wollen und dabei die Hände in den Schoss zu legen. Persönlich sei er davon überzeugt, dass ein grosser Teil der Bevölkerung eine andere Reaktion erwarten würde.

Dass nicht der Langenthaler Gemeinderat für das Debakel verantwortlich sei, sei ebenso klar, wie dass der Bundesrat damals nicht für das Swissair-Debakel verantwortlich gewesen sei. Der Bundesrat habe aber eben doch eingegriffen, weil die Swissair ein Symbol von nationaler Bedeutung gewesen sei.

Der Gemeinderat hätte mehr Führungsstärke zeigen und die Initiative ergreifen sollen, indem er beim Kanton das Gewicht der Stadt Langenthal in die Waagschale hätte werfen können, zumal es sich ja um ein Anliegen des viert grössten Zentrums des Kantons und nicht um ein Anliegen von Hinterfütligen oder Allmendingen handle.

Vom Kanton liege auf das am 13. Dezember 2013 an den Regierungsrat gerichtete Schreiben nach wie vor keine Antwort vor. Im Zuge der vorliegenden Interpellation hätte beim Kanton zumindest nachgefragt und Druck gemacht werden müssen. Wie sich dieses Verhalten im nächsten Frühjahr und im übernächsten Frühjahr auf die anderen, auch unzufriedenen Wässermatte-Bauern auswirke, bleibe abzuwarten. Persönlich frage es sich aber schon, was denn noch geschehen müsse, bis endlich gehandelt werde. René Bärtschi, ehemaliger Regierungsrat und Vater des Wässermattenschutzes, drehe sich vermutlich im Grab um.

Bevor das Mais angesät worden sei, sei das Abbrennmittel "Glyphosat" verwendet worden. Obwohl die Anwendung von Glyphosat nicht verboten sei, gebe es neuerdings Erkenntnisse, dass das Mittel krebserregend sei. Persönlich halte er es für sehr bedenklich und skandalös die Verwendung von krebserregenden Stoffen im Naherholungsgebiet nicht zu untersagen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung vom 1. Juli 2015 des Gemeinderates sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

7. Mitteilungen des Gemeinderates

-

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8. Parlamentarische Fragestunde

■ Frage von Stadtrat Umberto Colicchio (BDP) betreffend Agglomerationsprogramm 3. Generation:

An der Information über das Agglomerationsprogramm 3. Generation (AP3) wurde durch die Stadtverwaltung informiert, dass die Stadt Langenthal ihre Agglomerationsfunktion beim Bund verloren habe und die AP3 Eingabe die letzte sein könnte. Somit entgingen der Stadt wichtige Finanzierungsquellen.

Grund dafür ist: Der Minimalwert für eine Aggloberechtigung beträgt 20'000 Personen (Der anrechenbare Wert für Langenthal beläuft sich zur Zeit auf 18'700 Personen)

Frage:

Gedenkt der Gemeinderat hier proaktiv zu handeln und mit Aarwangen das Gespräch zu suchen?

Bekanntlich wäre bei einer Fusion die Region Oberaargau wieder eine bundesanerkannte, eigenständige Agglomeration.

Da die Rechnung 2014 von Aarwangen gegenüber dem Budget zwar besser ausfällt, jedoch einen Verlust von knapp einer halben Million aufweist, dürften sie auch an einer Fusion interessiert sein.

■ Antwort von Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) auf die Frage von Stadtrat Umberto Colicchio (BDP):

Eine Kontaktaufnahme mit den Behörden Aarwagens habe stattgefunden. Im Übrigen würden laufend Gespräche zwischen der Stadt und dem Kanton sowie Vertretern des Bundes geführt.

Die Anmerkung, wonach die Region Oberaargau bei einer Fusion wieder eine bundesanerkannte, eigenständige Agglomeration wäre, sei richtig, wobei es Langenthal allerdings nicht um die Anerkennung der Region Oberaargau, sondern um die Anerkennung der Stadt Langenthal als Agglomeration gehe.

Was das Interesse der Gemeinde Aarwangen an einer Fusion betreffe, verweise er auf die Anzeiger-Ausgabe am 6. August 2015, worin die Traktandenliste der Gemeinde Aarwangen für die Gemeindeversammlung am 7. September 2015 publiziert worden sei. Das Traktandum Nr. 2 beinhalte die Formulierung: "Grundsatzbeschluss über die Aufnahme von Fusionsverhandlungen mit der Stadt Langenthal".

■ Fragen von Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch (EVP) betreffend Wie weiter mit dem Markthallenareal?:

Im Sommer 2013 haben zwei Fachhochschulen eine Befragung zum Markthallenareal durchgeführt. Anwohnerinnen und Anwohner und Betriebe im Umkreis des Markthallenareals erhielten dabei die Gelegenheit, ihre Sichtweise und Vorstellungen zur weiteren Entwicklung des Areals mitzuteilen.

Gemäss Schlussbericht der Studie gibt es wichtige Themenfelder, die bei einer Veränderung des Markthallenareals Beachtung finden sollten:

- Ausbau der Nutzungsmöglichkeiten, unterstützt durch Gebäudesanierungen
- mehr Grünflächen bzw. Naturelemente
- Neukonzeption der Parkiermöglichkeiten
- Konfliktmanagement rund um das autonome Kulturzentrum Lakuz

Fragen:

1. Wie sehen die nächsten Schritte aufgrund der Ergebnisse der Studie aus?
2. Wann ist mit ersten konkreten Massnahmen zu rechnen, welche das Markthallenareal aufwerten?
3. Inwiefern beabsichtigt der Gemeinderat, ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept für das gesamte Markthallenareal – allenfalls unter Einbezug eines Projektes für einen Stadtsaal – zu erarbeiten?



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP)** auf die *Fragen* von Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch (EVP):

1. Auf dem Markthallenareal sei eine Test- und Masterplanung durchgeführt und im Jahr 2012 als Grundlage für eine Teilrichtplanung vom Gemeinderat genehmigt worden. Die Teilrichtplanung sei wegen der Erarbeitung des Siedlungsrichtplans vom Gemeinderat zwischenzeitlich sistiert worden. Die Teilrichtplanung wäre nach Abschluss der Siedlungsrichtplanung der nächste Schritt.

Ein Forschungsprojekt der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) sei von zwei Fachhochschulen im Sommer 2013 durchgeführt worden. Das Forschungsprojekt habe zum Ziel gehabt, ein Informatiktool zur elektronischen Befragung der Bevölkerung an einem Fallbeispiel zu testen. Auch die Resultate aus dem KTI-Projekt werden zu gegebener Zeit in einer Teilrichtplanung berücksichtigt.

2. Konkrete Massnahmen zur Teilrichtplanung des Markthallenareals werden nach Abschluss der Siedlungsrichtplanung angegangen. Der Zeitpunkt sei noch offen.
3. Ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept liege in Form einer Test- und Masterplanung bereits vor.

■ **Fragen von Stadtrat Markus Gfeller (FDP)** betreffend **Tempo 30-Zonen**:

Vor kurzem hat die Langenthaler Bevölkerung an der Urne die flächendeckende Einführung von Tempo 30 verworfen. Seither werden vom Gemeinderat laufend neue Gebiete in Tempo 30-Zonen umgezont. Gemäss Verkehrsrichtplan ist zumindest die ganze Innenstadt davon betroffen.

Fragen:

1. *Welche Strassenzüge sollen gemäss Verkehrsrichtplan noch Tempobeschränkungen unterworfen werden?*
2. *In welchem Zeithorizont ist dies angedacht?*
3. *Wie verbindlich ist der den vorstehenden Antworten zugrunde liegende Verkehrsrichtplan?*
4. *Welche Kosten werden dadurch ausgelöst?*
5. *Was gibt es für Rechtsmittel, falls man nicht einverstanden ist?*
6. *Wie kann dieser Verkehrsrichtplan mit dem Ergebnis der Volksabstimmung in Übereinstimmung gebracht werden?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP)** auf die *Fragen* von Stadtrat Markus Gfeller-(FDP):

1. Gemäss behördenverbindlichem Verkehrsrichtplan setze der Gemeinderat situativ Gebiete in Tempo 30-Zonen um, die im Einzugsgebiet von Schuleinrichtungen (Schulzentren und Kindergärten, z.B. Elzmatt, Geissbergweg etc.) liegen, oder die der erhöhten Verkehrssicherheit dienen. Dazu gehören die Gebiete mit Tempo 30-Zonen, die im Agglomerationsprogramm der 2. Generation als Umsetzungsmassnahmen zwecks Netzwiderstands aufgeführt seien (z.B. Eisenbahnstrasse).
2. Der Verkehrsrichtplan zeige die Entwicklung im Zeitraum von 15 bis 20 Jahren auf.
3. Der Verkehrsrichtplan sei ein behördenverbindliches Planungsinstrument
4. Die Kosten ergeben sich aus der Grösse des Planungsperrimeters der Umsetzungsmassnahmen. Sie können aktuell nicht beziffert werden.
5. Beschlüsse zur Umsetzung von neuen Tempo 30-Zonen werden im Anzeiger publiziert. Jeder Beschluss unterliege einer ordentlichen Beschwerdemöglichkeit, auf die in der Publikation hingewiesen werde.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

6. Eine Richtplananpassung sei nicht nötig. Der Verkehrsrichtplan sehe keine flächendeckenden Tempo 30-Zonen vor.

■ **Fragen** von **Stadträtin Rahel Lanz (EVP)** betreffend **Wuhrplatz – ein Urinal oder ein Wasserspiel für Kinder?:**

Der Wuhrplatz ist ein Ort der Begegnung, auf dem sich verschiedenste Menschen treffen. Besonders am Freitag- und Samstagabend/-nacht ist er mehrheitlich von Jugendlichen bevölkert. Schon oft konnte dabei beobachtet werden, dass der Brunnen auf dem Wuhrplatz von den Jugendlichen als Urinal missbraucht wird.

Demgegenüber halten sich tagsüber viele Eltern mit ihren Kindern auf dem Platz auf. Die Kinder scheinen vom Brunnen wie magisch angezogen, denn dessen Wasser fließt auf Augenhöhe der Kinder. So wird der Brunnen von den Kindern beispielsweise genutzt, um die Hände einzutauchen oder direkt von der Säule zu trinken.

Fragen:

1. Wie stellt die Stadt Langenthal eine hohe Qualität des Wassers im Wuhrplatzbrunnen sicher?
2. Weist das Wasser des Wuhrplatzbrunnens Trinkwasserqualität auf?
3. Falls nein, weshalb ist dies nicht entsprechend gekennzeichnet? Und wie gedenkt die Stadt Langenthal in diesem Zusammenhang ihre Mitverantwortung für die Gesundheit der Kinder in Zukunft wahrzunehmen?

■ **Antworten** von **Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP)** auf die *Fragen* von Stadträtin Rahel Lanz (EVP):

1. Das Wasser werde innerhalb eines geschlossenen Kreislaufs mit Reservoir gepumpt und mit Chlor gegen Bakterien und Algen gereinigt.
2. Nein.
3. Bis anhin sei davon ausgegangen worden, dass es sich um ein Kunstwerk mit Wasserspiel und nicht um einen Brunnen handle. Um Missverständnisse zu vermeiden, werde mit einfachen Massnahmen gekennzeichnet, dass es sich nicht um Trinkwasser handle.

■ **Frage** von **Stadträtin Therese Grädel-Fankhauser (SP)** betreffend **Neuorganisation Glassammelstelle Grubenstrasse:**

Frage:

Wie steht es um das Projekt "Neuorganisation Glassammelstelle Grubenstrasse"?

■ **Antwort** von **Gemeinderat Pierre Masson (SP)** auf die *Frage* von Stadträtin Therese Gräsel-Fankhauser (SP):

Im Rahmen der Erneuerung der Wertstoffsammelstellen sei auch die Sammelstelle an der Grubenstrasse geprüft worden. Dabei sei rasch festgestellt worden, dass die dort vorhandene Infrastruktur (in Garage) nicht mehr als optimal bezeichnet werden könne. Die Sammelstelle an der Grubenstrasse werde stillgelegt und entfernt, sobald der Ersatz an einem geeigneten Standort in Betrieb genommen werden könne. Entsprechende Standortabklärungen seien am Laufen.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP) erteilt Stadtrat Markus Gfeller auf dessen Ersuchen hin das Wort:

Markus Gfeller (FDP): Am Freitag, 14. August 2015 um 08.26 Uhr habe er fristgerecht Fragen eingereicht, deren Eingang ihm auch bestätigt worden seien. Da seine Fragen aber nicht beantwortet worden seien, gehe er davon aus, dass diese nicht beantwortet werden wollen. Er würde es zumindest als anständig erachten, noch darüber informiert zu werden, weshalb die Beantwortung seiner Fragen ausgeblieben sei.

stv. Stadtschreiberin Mirjam Tschumi: Am Freitag morgen seien vom FDP/jll/BDP-Fraktionspräsidium insgesamt 89 Fragen betreffend das AEA-Projekt eingereicht worden. Die Fragekatalog sei mit der Bitte eingereicht worden, die Fragen wenn nicht an der heutigen Stadtratssitzung im Rahmen der Parlamentarischen Fragestunde mündlich, dann doch bis Ende August in schriftlicher Form zu beantworten.

Das Stadtratssekretariat habe dem FDP/jll/BDP-Präsidium (Markus Gfeller) bereits am Freitag signalisiert, dass die Fragen wohl fristgerecht eingereicht worden seien, dass sich das Gefäss einer Parlamentarischen Fragestunde aber nicht dazu eigne, Fragen in diesem Umfang zu beantworten. Dem FDP/jll/BDP-Fraktionspräsidium seien auch Alternativen aufgezeigt worden, wie und wo der umfassende Fragenkatalog eingegeben werden könnte (Beispiele: Eingabe via Brief an den Gemeinderat, Eingabe via den direkten Kontakt ins Finanzamt oder Eingabe via ein geeignetes parlamentarisches Instrument).

Markus Gfeller (FDP) bittet das Stadtratssekretariat, dem Gemeinderat den Fragenkatalog direkt zur Beantwortung weiterzuleiten.

stv. Stadtschreiberin Mirjam Tschumi: Das Stadtratssekretariat werde die Weiterleitung des Fragekatalogs an den Gemeinderat veranlassen.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



9. Eingereichtes Postulat Colicchio Umberto (BDP) vom 17. August 2015: Ersatz von Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden

Postulatstext:

"Beim Ersatz von Heizungsanlagen von städtischen Gebäuden werden nicht- oder zu wenig Alternativen geprüft. Meist wird der bestehende Energieträger mit neuen Geräten (z.B. von Gas zu Gas), mit der Argumentation, dass z.B. Grundwasserheizungen oder die Integration von naheliegenden zentralen Energiespendern zu teuer oder nicht möglich seien, aufgerüstet.

Wünschenswert wäre auch eine frühzeitige Berichterstattung in den zuständigen Kommissionen (beim Projekt Jurastrasse wurde beispielsweise die UEK erst vor Ablauf der letzten Frist zur Stellungnahme gebeten).

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten zu prüfen, ob

- *die Heizungsprojekte (Ersatz) grundsätzlich fünf Jahre im Voraus zu planen sind*
- *eine erste Grobanalyse zusammen mit dem Energieberater auf mögliche Alternativen ausgearbeitet werden kann*
- *bei bewilligten Projekten der Energieberater (der Kanton stellt diese Dienstleistung gratis für die Beratung für Gebäude von Gemeinden zur Verfügung) einen Kurzbericht über Alternativen erstellen kann (inkl. der Prüfung von allfälligen nachbarschaftlichen Netzverbunden.*
- *die Kurzberichte den zuständigen Kommissionen (Baukommission, UEK,) zuzustellen sind."*

Umberto Colicchio

Die Beantwortung des Postulats erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



10. In eigener Sache

■ Rücktritt aus dem Stadtrat / Markus Bösiger (FDP)

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP): Mitte Juli 2015 sei die Demission von Stadtrat Markus Bösiger eingetroffen. Stadtrat Markus Bösiger trete aus gesundheitlichen Gründen aus dem Stadtrat zurück. Stadtrat Markus Bösiger habe sich über 11 Jahre im Stadtrat engagiert und im letzten Jahr das Stadtratspräsidium innegehabt. Früher habe er in der Kulturkommission und in der Arbeitsgruppe Mobilität gewirkt. Heute sei er Mitglied der Bau- und Planungskommission.

Im Namen des Stadtrates danke sie Markus Bösiger für seine Arbeit zum Wohle der Stadt. Mit besten Wünschen für die Zukunft und für die Gesundheit überreiche sie ihm zum Abschied den obligaten Blumenstrauss der Stadt sowie von ihr persönlich ein Päckli Schokolade.

(Applaus)

Markus Bösiger (FDP):

*"Frau Stadtratspräsidentin, liebe Helena,
Herr Stadtpräsident, lieber Thomas,
Liebe Gemeinderäte,
Liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,
Liebe Medienvertretende,
Sehr geehrtes Stadtratsbüro,
Liebe Gäste*

11 ½ Jahre in der Legislative zu amtieren, ist eine lange Zeit. Aber alles geht einmal zu Ende. Eine Zeit die ich nicht missen möchte. Ich habe viele Erfahrungen machen dürfen. Ich habe viele Leute und deren Meinungen kennenlernen dürfen. Ich habe an diversen Baustellen in Langenthal mitarbeiten dürfen.

Ich kann es jedem jungen Langenthaler oder jedem Menschen nur empfehlen, diese Erfahrungen auch zu machen. Ich bedanke mich bei allen, die mir während dieser Zeit begegnet sind, die mich begleitet und die mich unterstützt haben. Im Besonderen danke ich euch ganz herzlich für die guten Wünsche betreffend meine Gesundheit, die der Grund für meinen Rücktritt ist.

Mein persönlicher Höhepunkt als Mitglied des Stadtrates ist das Jubiläumsjahr 2011 gewesen, das ich begleiten und mitgestalten durfte. Natürlich ist auch das Präsidialjahr 2014 mit dem Schwerpunktthema Berufsbildung ein Höhepunkt gewesen.

Gemäss dem Motto: «Heute ist gestern und morgen!» kommt für mich nun eine neue Zeit. Ich wünsche meinem Nachfolger im Rat viel Glück, viel Ausdauer, gute Gesundheit.

«Häbet Sorg» zur Kultur und zu Langenthal. Alles Gute und bis später irgendwo in unserer Stadt. Merci."

(Applaus)

■ Rücktritt aus dem Stadtrat / Karin Rickli (GL)

Stadtratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP): Am 28. Juli 2015 sei die Demission von Stadträtin Karin Rickli eingegangen. Stadträtin Karin Rickli sei fast fünf Jahre Mitglied im Stadtrat und mehrere Jahre Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewesen. Sie habe sich auch mehrere Jahre in der Kommission für öffentliche Sicherheit sowie in der Arbeitsgruppe Mobilität engagiert.

Obwohl sich ihr Heu politisch nicht immer auf derselben Bühne befinde, seien sie und Stadträtin Karin Rickli sich immer mit Respekt und Höflichkeit begegnet, was sie persönlich immer sehr geschätzt habe.

Stadträtin Karin Rickli werde in Zukunft als Hoteliere im Berner Oberland arbeiten. Dazu wünsche sie Karin Rickli namens des Stadtrates viel Glück und alles Gute. Auch Karin Rickli verabschiede sie mit der Übergabe des obligaten Blumenstrausses der Stadt sowie mit einem Päckli Schokolade und danke ihr für ihre grosse Arbeit zum Wohle der Stadt.

(Applaus)



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 17. August 2015

■ Orientierungsversammlung betreffend die Ausgliederung des Alterszentrum Haslibrunnen

Stadratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP): Für die Mitglieder des Stadtrates finde am **1. September 2015** eine Orientierungsveranstaltung über die Ausgliederung des Alterszentrums Haslibrunnen statt.

■ Blumen Stadratsaal

Stadratspräsidentin Helena Morgenthaler (SVP): Herrn Stadtrat Michael Schenk danke sie dafür, den **Stadtratssaal** erneut mit wunderbaren Blumen **verschönert zu haben.**

